



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2010

Recht: Die Gefangenenakten der DDR

Anmerkungen zur Wiedervereinigung

MfS – Bauernopfer zur Rettung der SED?



Aktuell

- 3 DDR – real und virtuell
Demonstration!
Novellierung
Kein Berlin-Paß für SED-Opfer?

Recht

- 4 Die Gefangenenakten der DDR

Thema

- 5 Anmerkungen zur deutschen Wiedervereinigung
- 7 Kinder der Einheit
Gar nicht lustig!
Kommentar

Aufarbeitung

- 8 Die SED und ihre Staatssicherheit, Teil II

Berichte

- 10 DDR-Propaganda in Köln – eine Fortsetzung
- 11 „Mit dem Hören fängt die Erinnerung an“
- 12 Akten-Schnipsel
- 13 Name gesucht
- 14 Gedenken in Jamlitz
„Erhebe den Blick“

Verbände

- 15 Kalender 2011 erschienen
VPVDK
Polizeichor in Bautzen
VOS
BSV
Auszeichnungen
- 16 Suchanzeige
Egon Klepsch
Bärbel Bohley
Juliane Kleinschmidt
- 17 Helfen Sie mit!

Service/Bücher

- 18 Vertrieben – von der Wolga
- 19 Buchtip
Vater: DDR-Spion

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Ehemalige Strafvollzugseinrichtung Cottbus, Aufnahme von 1996. Seit 2008 gibt es auf dem Gelände der StVE Cottbus eine Ausstellung über die alte Haftanstalt und Beratung für Opfer des SED-Regimes. Betreiber ist das „Menschenrechtszentrum Cottbus“ (MRZ), das bisher in einem ehemaligen Mitarbeiterhaus außerhalb der ummauerten Anstalt seinen Sitz hat. Der Verein MRZ wurde am 31. Oktober 2007 gegründet. Neue Geschäftsführerin ist seit September 2010 Sylvia Wähling. Öffnungszeiten montags bis freitags von 9.00 bis 16.00 Uhr, erreichbar in 03050 Cottbus, Bautzener Str. 139, Tel. (03 55) 483 83 33. Der Eintritt ist frei. Zeitzeugen melden sich bitte bei Tomas Kittan unter tomas.kittan@bz-berlin.de.

Foto: Tomas Kittan

Wie wir feiern

Von der seltsamen Art, einen großen Tag zu begehen

Von Horst Schüler

Daß die Völker unterschiedlich mit ihrer Gefühlswelt umgehen, mit Freude und Leid, mit Glück und Trauer, mit Jubel und Enttäuschung - eine Binsenweisheit. Und wir Deutschen gehören nun mal zu denen, die nicht die Leichtfertigkeit anderer haben, wir mögen die flachen Strecken nicht, und wenn's halt gar nicht anders geht, dann bauen wir uns die Hürden selbst auf, über die wir zu springen haben. Bei nationalen Feiertagen etwa. Seit zwanzig Jahren haben wir ein einziges Vaterland, zu feiern galt es das am 3. Oktober, und statt leichten Blutes fröhlich zu sein, legten wir uns just um diesen Tag herum Steine in den Weg.

Fangen wir einmal mit denen an, über die wir schon gar nicht mehr stolpern. Eigentlich sollte man doch annehmen, daß bei einem Gedenken an die Wiedervereinigung jene Menschen im Mittelpunkt stehen, die in dem Unrechtsstaat DDR Widerstand gegen die kommunistische Gewalt geleistet haben. Daß man derer gedenkt, die Jahre ihres Lebens geopfert haben oder gar das Leben selbst. Nichts davon. Lediglich bei einer von Hubertus Knabe, dem wissenschaftlichen Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, beispielhaft organisierten Veranstaltung war das der Fall. Daß sie von den Medien nicht wahrgenommen wurde, erstaunt uns kaum. Und es erstaunt uns auch nicht, daß sich einmal mehr andere vor den Reporterblöcken und Fernsehkameras aufbauten, die sich mit unwichtigen Erlebnissen in die Nähe der Auflehnung rückten, „Lichtgestalten des Widerstands“, wie Wolf Biermann sie höhnisch nannte, „die sich mit nie getanen Taten spreizen“. Über einen Auftritt Udo Lindbergs im Ostberliner Friedrichstadtpalast ließ Moderator Beckmann sogar einen Film herstellen, war man damals doch dort von ungezählten Stasi-Angehörigen umringt. Welch Heldentum, fürwahr.

Weiter: Da bemühen wir uns nun seit langem darum, die Vorbehalte der Menschen

in den alten und neuen Bundesländern auszuräumen, doch ausgerechnet am 3. Oktober, dem Haupttag der Einheitsfeiern, meldeten sich renommierte Wissenschaftler und Politiker aus dem Osten in einer Sonntagszeitung zu Wort und verkündeten den staunenden Westlern, die finanziellen Lasten der Wiedervereinigung würden ja gar nicht von ihnen geschultert, sondern hauptsächlich von den Menschen der neuen Bundesländer. Nun will ich mich nicht mit der manchmal geradezu abenteuerlichen Begründung solcher These befassen. Daß sie aber just zu diesem Datum, an dem es das deutsche Glück zu feiern galt, wenig dazu beiträgt, die Mauer in den Köpfen abzubauen, bedarf wohl keiner Erklärung. Wenn nämlich die Bürger West überhaupt etwas zur Wiedervereinigung beigetragen haben, dann sind es die 75 Milliarden Euro Transferleistungen, die jährlich von ihnen in den Osten geschickt werden. Nun laßt ihnen doch wenigstens diese Leistung, die sie selbst ja oft genug bejammern.

Den größten Schatten allerdings warf unser Staatsoberhaupt. Was mag Christian Wulff wohl bewegt haben, ausgerechnet an dem Tag, an dem es nur die deutsche Einheit zu würdigen gilt, den Islam in Augenhöhe mit dem christlich-jüdischen Glauben in Deutschland zu heben? Reicht es nicht, wenn wir Tag für Tag zugeschüttet werden mit Themen der Migration und Integration? Eine große Rede wollte der Bundespräsident halten, hieß es. Für großen Unmut jedenfalls hat er gesorgt.

Nein, Tage ungetrübter Fröhlichkeit waren es nicht. Da sind die Embleme und sonstigen Erinnerungen an die untergegangene DDR, die in Berlin auch am Tag der Einheit wie selbstverständlich verkauft wurden, ja fast so etwas wie ein passender Rahmen. Ach, du liebe Einheit! So großartig hast du begonnen. Warum geht dir so schnell der Atem aus?

DDR – real und virtuell

(st) Unter der Bezeichnung „Operation Septembersturm – Kampfauftrag Mine“ fand vom 10. bis 12. September im vopommerschen Tutow eine Manöverübung ehemaliger NVA-Soldaten statt. Über 100 von ihnen trafen sich auf einem stillgelegten Militärflugplatz und spielten Krieg. Die Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG erstattete Strafanzeige. UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner kommentierte: „Was wie spätpubertäres Potenzgehabe verblendeter Nostalgiker aussieht, ist in Wirklichkeit ein Angriff auf Demokratie und Zivilgesellschaft. Das ist die Wehrsportgruppe Hoffmann in roter Lackierung. Es ist unfassbar, daß so etwas im 20. Jahr der Wiedervereinigung noch möglich ist.“

Von einem Studenten der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe wurde das Computerspiel „1378(km)“ kreiert und als Diplomarbeit angenommen. Der Spieler kann wahlweise die Rolle des Mauer-schützen oder des DDR-Flüchtlings über-

nehmen – um erfolgreich zu töten bzw. zu fliehen. Das Spiel sollte am Tag der Deutschen Einheit veröffentlicht werden. Daß es dazu nicht kam, ist dem vehementen Proteststurm zahlreicher Opferverbände zu verdanken. Der Vorsitzende des Dachverbandes, Rainer Wagner, kritisierte in einem Schreiben an den Rektor der Hochschule, Prof. Peter Sloterdijk, dieses Spiel sei im Vergleich zu ähnlichen noch um einiges schlimmer. „Denn normalerweise schießt man in solchen Spielen auf bewaffnete Gegner – hier sind es unbewaffnete Zivilisten.“ Obwohl der Rektor in seiner Antwort Student und Produkt verteidigte, wurde das Spiel über den DDR-Todesstreifen zunächst nicht veröffentlicht. Wagner hat Sloterdijk inzwischen zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, um einen weiterführenden Dialog zu beginnen über die Problematik der Maueropfer und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema sowie über Chancen und Möglichkeiten der Geschichtsvermittlung mit Hilfe moderner Medien.

Nach Redaktionsschluß

Novellierung

(st) Der Bundestag hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 2010 Veränderungen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze einstimmig beschlossen. Dem verabschiedeten Entwurf muß noch der Bundesrat zustimmen (voraussichtlich am 5. November 2010). Die wichtigsten Punkte sind folgende:

- Es wird ein Kinderfreibetrag bei der Einkommensermittlung eingeführt.
- Kindergeld und betriebliche Altersversorgung werden bei der Einkommensermittlung nicht mehr angerechnet.
- Die turnusmäßige Überprüfung der Einkommensverhältnisse wird ausdrücklich verboten.
- Jugendwerkhof- und Heimkinder werden in den Berechtigtenkreis von § 2 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes einbezogen. Nach wie vor muß die Einweisung jedoch politische Gründe gehabt oder sachfremden Zwecken gedient haben sowie mit Grundsätzen einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung nicht vereinbar sein.
- Klarstellung der Mindesthaftzeit von 6 Monaten auf 180 Tage
- Die Härtefallregelung der Kapitalentschädigung wird auch auf die Opferpension ausgeweitet (besonders vor dem Hintergrund der willkürlichen DDR-Haftentlassungspraxis).
- Schwere kriminelle sind künftig von der Opferpension ausgeschlossen, solange die Verurteilung im Bundeszentralregister vorhanden ist.
- Die Fristen für Anträge auf Rehabilitierung (strafrechtlich, beruflich und verwaltungsrechtlich) sind bis 2019 verlängert.

(Ausführlich dazu in der nächsten Ausgabe)

Demonstration!

(ARE) Warum ist es 20 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch nicht gelungen, das im Zuge der Brandenburger Bodenaffäre geschehene Unrecht aufzuarbeiten?

Warum ist es noch nicht gelungen, das Unrecht gegenüber enteigneten, diskriminierten und ungleich behandelten Bürgern aufzuarbeiten?

Warum ist den berechtigten Forderungen der Betroffenen, z.B. nach Anerkennung ihrer Rehabilitierung, nach besserem Schutz des Eigentums und Rückgabe konfiszierten Eigentums aus Staatsbesitz, noch nicht Folge geleistet worden?

Warum geht die Arbeit der Enquetekommission nur schleppend voran, so daß der Eindruck entsteht, Aufarbeitungsansätze sollen gleich wieder im Sande verlaufen?

Woran liegt es, daß in Brandenburg ein grundlegendes Prinzip des Rechtsstaates, die Gewaltenteilung, immer weniger funktioniert?

Wem diese Fragen am Herzen liegen, der kommt gemeinsam mit den Opfern von Enteignungs- und Vertreibungsunrecht zur Demonstration der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) und der UOKG am

Mittwoch, dem 27. Oktober, ab 16.00 Uhr, vor dem Brandenburger Landtag in Potsdam.

(Informationen über ARE-Büro, Tel. 03 39 70 – 518 74)

Kein Berlin-Paß für SED-Opfer?

(st) Sowohl der Ausschuß für Integration, Arbeit und Soziales als auch der Hauptausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses haben den Antrag von Bündnis90/Die Grünen abgelehnt, auch SED-Opfern einen Anspruch auf den „Berlin-Paß“ zu gewähren. Dieser beinhaltet wesentliche Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr, bei Kultur, Sport, Freizeit und Bildung. Opferverbände haben die Entscheidung bedauert und kritisiert. Die VOS appellierte an Bündnis90/Die Grünen, „ihren Antrag im nächsten Jahr im Wahlkampf um das Berliner Abgeordnetenhaus erneut zu thematisieren.“ Die UOKG erklärte: „Im 20. Jahr der Wiedervereinigung wäre es eine schöne Geste gewesen, die soziale Notlage der Diktatur-Opfer mit dem Berlin-Paß zu mildern. Jene Partei, die unter ihrem früheren Namen SED diese soziale Notlage durch politische Repression überhaupt erst ausgelöst hat, hätte damit zeigen können, daß sie sich ihrer Vergangenheit stellt.“ Der Dachverband rief die Parlamentarier auf, doch noch im Plenum für den Antrag zu stimmen.

Die Gefangenenaakten der DDR

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Betroffenen, die Ansprüche nach den rehabilitierungsrechtlichen Vorschriften geltend machen wollen, für die sich aber oft große Probleme beim Nachweis von Inhaftierungszeiten, haftbedingten Gesundheitsschäden, rentenrechtlichen Zeiten usw. auftun.

Sehr hilfreich dabei kann die im Bundesarchiv in Berlin vorliegende Übersicht zu dem Verbleib der Gefangenenaakten von zu DDR-Zeiten Verhafteten und Inhaftierten sein, besonders hinsichtlich der Strafrechtlichen und Beruflichen Rehabilitation und der Geltendmachung von haftbedingten Gesundheitsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz. Die Übersicht hilft, wertvolle Zeit zu sparen, die oft durch langwieriges Suchen nach den Haftakten verlorengeht und in der Regel auch finanzielle Einbußen für die Betroffenen nach sich zieht. Vor allem bei der Beantragung der Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden können die in den Haftakten enthaltenen Gesundheitsunterlagen und Nachweise, z.B. Unfalldaten, OP-Verläufe, Medikationen, von zentraler Bedeutung sein, weil für die

Anerkennung noch immer der Betroffene selbst die entsprechenden Beweise zu erbringen hat. Deshalb wird hier in Folge diese Übersicht veröffentlicht. Sie wurde erstellt auf Grundlage des Verzeichnisses von Gefangenenaakten der DDR (Zentrale Gefangenenkartei des Mdl) der Senatsverwaltung für Justiz Berlin vom August 1995 und bis heute anhand neuer Erkenntnisse und Informationen aktualisiert. Sie erhebt jedoch noch immer keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und wer Korrekturen oder Ergänzungen angeben kann, sollte das unter folgender Adresse tun: Bundesarchiv, Referat DDR 2 – Herr Lamster, Finckensteinallee 63, 12205 Berlin, E-Mail s.lamster@bundesarchiv.de.

Hauptsächlich dient die Übersicht dazu, das Auffinden der Unterlagen in den jeweiligen Haftanstalten zu erleichtern. Bei Mehrfachverurteilungen oder Haftverbüßung in unterschiedlichen Haftanstalten befinden sich die Haftakten in der Regel in der letzten. Die Zusammenstellung der Justizvollzugsanstalten (JVA) erfolgt entsprechend der östlichen Bundesländer. Bei einigen JVA konnte nicht genau ermittelt werden, wo sich die damals vor-

liegenden Unterlagen jetzt befinden. Um Zeit zu sparen und den Verlust von Informationen zu vermeiden, sollte man sich in diesen Fällen an die Zentrale Justizbehörde des jeweiligen Landes wenden. Alle Akten, die aus Untersuchungen des MfS – auch im DDR-Strafvollzug – resultieren, befinden sich bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin.

Auch wenn die persönlichen Haftakten nicht zwangsläufig für die Durchsetzung o.g. Ansprüche benötigt werden sollten, ist durchaus vorstellbar, daß der eine oder andere schon daran interessiert sein wird, was die damaligen Behörden über ihn in seiner Haftakte verewigt haben.

Noch einmal sei darauf hingewiesen, daß im Bundesarchiv auch eine Auswahl von Gefangenenaakten zu Waldheim- und SMT-Verurteilten (deutsche Akten) sowie für den Zeitraum 1980-1989 freigekauften bzw. für den Freikauf vorgesehenen Häftlingen vorliegt.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein

Geld ist etwas, das nur kurz in deiner Tasche haltmacht – auf dem Weg zum Finanzamt.

Ante Vitas

Spenden dagegen sind steuerlich absetzbar.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STA-CHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Kto.-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Land Berlin

Zentrale Justizbehörde:
Senatsverwaltung für Justiz Berlin
Salzburger Straße 21-25
10825 Berlin

Im Land Berlin ist der aktuelle Aufenthaltsort aller vorhandener Akten das Landesarchiv Berlin, Eichborndamm 115-121, 13403 Berlin (mit Ausnahme der vom MfS angelegten Akten, BStU-Adresse siehe Artikel oben)

- Untersuchungshaftanstalt Berlin I (Rummelsburg) – Zeitraum: vor allem 1. Hälfte 1960er und 1980er Jahre, Auswahlüberlieferung (ca. 80 Akteneinheiten)
- Untersuchungshaftanstalt Berlin II (Polizeipräsidium) – Zeitraum: ab 1958, vor allem 1980er Jahre, Auswahlüberlieferung (ca. 105 Akteneinheiten)
- Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen (MfS) – Zeitraum: nur 1990 elf Akteneinheiten ehemaliger Funktionsträger der Regierung und der Führung der SED (kurzfristiger Aufenthalt in der Einrichtung), andere Akten BStU
- Strafvollzugsabteilung Berlin-Köpenick – Zeitraum: vor allem 1980er Jahre, Auswahlüberlieferung (ca. 140 Akteneinheiten) und Kartei (ohne Akten) 1950er bis 1960er Jahre
- Strafvollzugseinrichtung Berlin (Rummelsburg) – Zeitraum: ab 1956, vor allem 1980er Jahre, Auswahlüberlieferung (ca. 230 Akteneinheiten)

(Alle Angaben ohne Gewähr; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

... und viele Fragen offen

Anmerkungen zur deutschen Wiedervereinigung

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Anlässlich des 20. Jahrestages der staatlichen Einheit Deutschlands ließen verschiedene Politiker wissen, daß sie bereits während der Jahrzehnte der Trennung mannhaft für die Wiedervereinigung eingetreten seien und diese auch vorausgesehen hätten. Vergleicht man aber ihre heutigen Worte mit denen vor dem 9. November 1989, ist leider allzu oft das genaue Gegenteil festzustellen. Etliche sprachen sich sogar noch nach dem Mauerfall gegen die Einheit aus – das sollte man nicht vergessen.

Noch immer gibt es zu jenen Jahren 1989/1990 einige Fragen, die in der politischen Öffentlichkeit ungeklärt geblieben sind. Ob das bloßer Zufall ist oder Interesse an einem falschen Geschichtsbild, bleibt offen. Unwahr jedenfalls ist die Behauptung, die Westdeutschen hätten 1989 die Einheit betrieben. Für Bundeskanzler Kohl war die deutsche Frage damals zwar „weiterhin offen“, sie stehe jedoch „nicht auf der Tagesordnung“ – ein Standpunkt, auf dem er bis August 1989 beharrte. Auch Außenminister Genscher glaubte im Frühsommer jenes Jahres, eine Wiedervereinigung liege „für die nächste Zukunft nicht im Bereich des Möglichen“ (V.A. Walters: Die Vereinigung war voraussehbar, München 1994). Die westdeutschen Sozialdemokraten hatten jeden Gedanken an die Einheit längst aufgegeben. Heute soll das Wort Willy Brandts – „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ – als Beweis ihres Eintretens für die Wiedervereinigung herhalten. Tatsächlich aber dachte Brandt gar nicht an die Einheit Deutschlands, sondern lediglich an das Zusammenrücken des geteilten Europas – die damals vom Parteivorstand veröffentlichte Version seiner Rede und die nach dem Mauerfall verteilten SPD-Flugblätter dokumentieren dies eindeutig (U. Müller/G. Hartmann: Vorwärts und vergessen, Berlin 2009; D. Sturm: Uneinig in die Einheit, Bonn 2006). Ebenso hielt Helmut Schmidt es im renommierten „Bergedorfer Gesprächskreis“ (September 1989) gegenüber ausländischen Teilnehmern für einen „schweren Fehler“, die „sogenannte deutsche Frage“ zu „aktualisieren“, sie ließe sich „gegenwärtig sowieso nicht lösen“ (Protokoll, Hamburg 1989, Nr. 88). Keinerlei Gespür

für die Stimmung in der DDR verriet – bis Januar 1990! – Egon Bahr, und die Grünen erachteten noch 24 Stunden vor dem Mauerfall die Wiedervereinigung als „historisch überholter denn je“...

Tatsächlich begann diese Anfang März 1989 im Weißen Haus, als US-Präsident Bush sen. mit der späteren Außenministerin Rice eine neue Europa-Politik überdachte; dabei sollte die deutsche Einheit eine „zentrale Rolle“ (A.v. Plato: Die Vereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin 2002) spielen. Eines der Motive war die Sorge, der Kreml werde Westdeutschland großzügige Angebote machen. Washington kannte genau die Wirtschaftsmisere Sowjetrußlands, das zu deren Behebung unbedingt westliche Finanzhilfe benötigte. Als einziges Land dafür – die USA fielen als ideologischer „Klassenfeind Nr. 1“ aus – bot sich die Bundesrepublik an, zumal Moskau ein Faustpfand besaß – die DDR, die zudem eine zunehmende wirtschaftliche Belastung und politisch letztlich ein Ärgernis darstellte. Die USA hatten nicht vergessen, daß nach dem Tode Stalins sein zeitweiliger Nachfolger Berija (der berühmte Chef der Geheimpolizei) mit einem neutralen Gesamt-Deutschland gelockt hatte. Was ebenfalls bekanntgeworden war: Sowjet-Außenminister Schewardnadse wertete bereits im Februar 1987 die deutsche Wiedervereinigung als „eine reale Perspektive, mit der man rechnen muß“.

Rätselhaft bis heute ist, daß zwei Wochen vor dem Sturz Honeckers die „Bild“-Zeitung, allerdings nur in West-Berlin, täglich jenen Tag genau voraussagte. Nachforschungen ergaben, daß die Information von KGB-Oberst Victor Louis aus London stammte, eigentlich ein Spezialist für weltweite Desinformation. Es stellt sich die Frage, wer ihm den Befehl gab und sein Vorgehen deckte, denn aus eigenem Antrieb handelte er wohl kaum. Unklar ist auch der Zweck der Aktion. Am 18. Oktober 1989 jedenfalls verbreiteten der Deutschlandfunk und die Deutsche Welle in Köln zeitlich noch vor den DDR-Sendern die Nachricht von Honeckers Ende, was teilweise in der DDR-Bevölkerung die Ansicht bestärkte, der Westen wisse alles.

Es muß Ende Oktober gewesen sein, als der Leiter der CIA dem US-Präsidenten den baldigen Fall der Mauer voraussagte. (Washington wußte 1961 auch vom bevorstehenden Bau der Mauer, ohne jedoch die verbündeten Deutschen zu warnen.) Zufall, bloßes Gespür, oder was? (M. Bearden/J. Risen: Der Hauptfeind, München 2004) Der Bundesnachrichtendienst bemühte sich in jenen Wochen, SED-Funktionäre anzuwerben mit dem mit dem überaus deutlichen Hinweis, der



Foto: UpstateNYer

Das Weiße Haus in Washington – hier begann die Wiedervereinigung.

Fall der Berliner Mauer und das Ende der DDR stünden bevor: „Es wäre gut, sich auf die neue Zeit danach einzurichten.“

Bereits im August 1988 kündigte Pullach vor einigen Journalisten „grundlegende Veränderungen“ in der DDR an. Seit 1986/1987 hatte BND-Präsident Wieck immer wieder nach Bonn signalisiert, daß Moskau eine Wirtschaftsreform anstrebe, um die UdSSR auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen; in diesem Zusammenhang müsse man eine grundsätzliche Wende in der Außenpolitik im Sinne eines Kompromisses mit dem Westen erwarten (H.-G. Wieck: Journal of Intelligence History, Münster 2006). Doch noch im Oktober 1989 glaubte Kohl nicht an eine bevorstehende Deutschland-Initiative des Kremls, eine solche gehöre „in den Bereich der Phantasie“ (Ph. Zelikow/ C. Rice: Sternstunde der Diplomatie, München 2001). Er folgte dem allgemeinen, aber völlig falsch liegenden Zeitgeist im Westen Deutschlands und nahm wohl an, besser informiert zu sein als sein eigener Nachrichtendienst. Seine Informationsquelle war die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, die ohnehin von der dauernden Teilung Deutschlands ausging. Ihre bundesdeutschen Juristen bildeten sich ein, dieses – zweifellos auch deutsche – Land

zu kennen, tatsächlich blieb die DDR mit ihrer Diktatur letztlich ein fremdes Gebiet. Bester Beweis ist die riesengroße Blamage Hans Otto Bräutigams, der noch wenige Monate vorher Leiter der Ständigen Vertretung war und am 8. November 1989 selbstsicher in einem Gespräch bei den Vereinten Nationen in New York „eine Änderung der sowjetischen Haltung in der Deutschland-Frage für ausgeschlossen“ hielt (H.-G. Wieck in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München 2/2008). Und es ist ebenfalls kein Ruhmesblatt Bonner Deutschland-Politik, wenn bei den ersten Demonstrationen in Leipzig ein Ministerialrat des Bundeskanzleramtes beim BND nachfragte, ob dort westdeutsche NPD-Propagandisten am Werke seien (ebenda).

Die Amerikaner wußten längst: Bei dem zu erwartenden Kollaps in der DDR wür-

Vorgehen im Baltikum während desselben Jahres läßt an reiner Menschenliebe erheblich zweifeln. Sein ausschließliches Ziel bestand vielmehr darin, überlebensnotwendige Kredite von Westdeutschland zu bekommen (I.-S. Kowalczyk: Endspiel, München 2009). Er hatte längst erkannt, daß sein kommunistisches System nicht reformierbar war, nicht ohne Grund fürchtete er Nahrungsmittelkrisen im eigenen Lande mit vielleicht folgenden Unruhen. Offiziell spricht man von insgesamt 20 Milliarden DM, die 1990/1991 von Bonn nach Moskau flossen (J. Aretz in: Politische Studien, München 1/2010), inoffiziell von 30 bis 35 Milliarden.

Nicht völlig geklärt ist ebenfalls jene Pressekonferenz am Tag des Mauerfalls in Ost-Berlin. Als um 18.53 Uhr Riccardo Ehrman, Journalist der italienischen Nachrichtenagentur ANSA, nach den Feh-

dung, die das Ende der Mauer brachte: Tatsächlich wollte die DDR-Führung ihren Untertanen keine Reisefreiheit gewähren, sondern sich über bürokratische Formalitäten weiterhin einen Spielraum lassen. Die West-Berliner wurden an jenem Abend vom Brandenburger Tor durch DDR-Uniformierte vertrieben, aber auch von der „West-Berliner Polizei, die auf Räumung drängt und die Ordnung wiederherstellt“ (H.-H. Hertle: Chronik des Mauerfalls, Berlin 1997). Vergessen ist längst, daß eine Beschädigung der Mauer auf DDR-Territorium ebenfalls in West-Berlin strafrechtlich geahndet wurde.

Als Kohl mit seiner Delegation am Mittag des 9. November 1989 in Warschau landete und der Solidarność-Führer Lech Wałęsa ihm prophezeite, die Mauer werde „spätestens in ein oder zwei Wochen fallen“, waren die westdeutschen Gäste „erschreckt“ (K. Dreher: Helmut Kohl, Stuttgart 1998). Wenn der heutige Finanzminister Wolfgang Schäuble schreibt, „daß die meisten damals das kaum Vorstellbare nicht zu denken wagten“ (W. Schäuble: Der Vertrag, Stuttgart 1991), so muß dem damaligen Bonn doch der Vorwurf gemacht werden, daß eine Regierung grundsätzlich alle Möglichkeiten zu überdenken hat, und dies galt um so mehr, als die Wiedervereinigung Kernstück des Grundgesetzes war. Wałęsa vermennt leider zuweilen Realität mit Phantasie: Nach seinen Worten jedenfalls hat er bei dem Treffen den Kanzler gefragt, ob er auf einen Fall der Mauer vorbereitet sei, worauf dieser geantwortet hätte: „Das wird nicht passieren.“ (Der Tagesspiegel, Berlin 5.6.2009) ... Ein doch wohl dringend erforderliches Dementi des Bundeskanzleramtes ist bis heute nicht bekannt, leider.

Erst nach dem Fall der Mauer ergriff Kohl den berühmten Zipfel des Mantels der Geschichte und trieb – gegen alle Widerstände aus Paris und London – die Einheit voran. Insofern ist er wirklich der „Vater der deutschen Wiedervereinigung“.

(Dr. jur. Friedrich-Wilhelm Schlomann, Journalist, Autor zahlreicher Bücher zu vorwiegend geheimdienstlichen Themen, flüchtete 1950 aus politischen Gründen aus der DDR in die Bundesrepublik, war Mitglied im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen und der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, arbeitete u.a. für das Bundesministerium der Verteidigung und war von 1970 bis 1992 „Redakteur im Abhördienst“ der Deutschen Welle.)



Die Pressekonferenz vom 9. November 1989, Riccardo Ehrman sitzt links unten vor dem Pult.

Foto: Thomas Lehmann/Bundesarchiv

den die dortigen Sowjettruppen nicht mehr schießen. In ähnlicher Weise hatte man in Pullach erfahren, daß Gorbatschow schon 1988 diese aus der DDR abziehen wollte, wogegen Honecker protestierte. Der Moskauer Regent gab zwar nach, erklärte jedoch überaus deutlich, er werde bei Unruhen nicht intervenieren. Am 3. November 1989 stellte er im Politbüro der KPdSU die Frage, ob „Krenz sich halten kann. Ohne Hilfe der Bundesrepublik halten wir die [die DDR – d. Verf.] sowieso nicht.“ Schewardnadse entgegnete daraufhin: „Wir sollten die Mauer lieber selbst abbauen.“ (A. Tschernjajew/V. Mechwedew/ G. Schachnasarow: Im Politbüro des ZK der KPdSU, Moskau 2006) Die politisch oft naiven Deutschen glauben noch heute, die von Gorbatschow letztlich unterstützte Politik der Wiedervereinigung beruhe primär auf dem guten Willen des Kreml-Herrschers. Doch, so muß man fragen, warum sollte er? Sein brutales

lernen im wenige Tage vorher präsentierten Reisegesetzentwurf fragte, löste er eine Dynamik aus, die schließlich zu Schabowskis berühmtem Wort „unverzüglich“ führte. Lange Zeit war zweifelhaft, ob diese Frage aus eigenem Antrieb kam, was der Journalist bis zum April 2009 beharrlich bejahte. Seitdem wird vermutet, daß ihm die Frage von Günter Pötschke, Leiter der DDR-Nachrichtenagentur ADN und Mitglied des ZK der SED, zugesteckt wurde. Dieser hatte recht viele Verbindungen zum Westen, was immer das damals bedeutete. Ehrmans Behauptung, er habe ihn decken wollen, erscheint unglaubwürdig – verstarb Pötschke doch bereits im September 2006 (Die Welt, Berlin, 18.4.2009). Jedenfalls mußten bundesdeutsche Medien Schabowskis Worte als Ankündigung einer Grenzöffnung verstehen und verbreiteten ab 20.01 Uhr die Top-Meldung „DDR öffnet Grenze!“ Objektiv war es eine Falschmel-

Kinder der Einheit

Die erste Generation ist ohne Mauer im Kopf herangewachsen

(st)Die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Jugendzeitschrift SPIESSER für 14- bis 22-Jährige haben im September 2010 gemeinsam eine Online-Umfrage zu Themen der Deutschen Einheit unter Jugendlichen durchgeführt. Die Ergebnisse lassen hoffen.

1. Findest du es gut, daß Deutschland wiedervereinigt wurde?

90 Prozent – ja
5 Prozent – vielleicht
5 Prozent – nein

2. War die DDR eine Diktatur?

73 Prozent – ja
7 Prozent – weiß nicht
20 Prozent – nein

3. Wie kam es zur Deutschen Einheit?

(aus den Antworten)

- Der Zusammenbruch der Sowjetunion und Umwälzungen in der DDR und im Ostblock allgemein
- Die Bemühungen vom damaligen Bundeskanzler Kohl hatten großen Anteil an der Einigung Deutschlands.

- Die Menschen sehnten sich nach Freiheit und wollten nicht mehr getrennt von ihresgleichen leben.

4. Glaubst du, daß eure Lehrer genug und so über die DDR informieren und unterrichten, wie sie wirklich war?

57 Prozent – nein
43 Prozent – ja

5. Müßtest du für eine Ausbildung/ ein Studium in ein anderes Bundesland ziehen, würde es für dich eine Rolle spielen, ob du in den Westen oder in den Osten gehst?

63 Prozent – nein
37 Prozent – ja

6. Wer ist dafür verantwortlich, daß die Mauer gebaut wurde?

(aus den Antworten)

- DDR-Regierung
- Walter Ulbricht
- Die Sowjetunion

Gar nicht lustig!

Amnesie

Daß man auch als prominenter Politiker aus den Reihen der CDU historischen Unfug zum besten geben kann, hat vor einigen Wochen Lothar de Maizière vorgeführt: Die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Das hat viele politisch wach Gebliebene irritiert. War der Mann schon immer so drauf? Hatte man da früher etwas überhört? - Nein, hatte man nicht. Den Beweis dafür fand Günter Müller-Hellwig, der sich, im Gegensatz zu Lothar de Maizière, gut erinnern kann. Im September 1990, auf der Zielgeraden zur deutschen Einheit, begann der damalige Ministerpräsident der DDR sein Vorwort zu dem Buch „Der Salzgitter Report“ (Sauer/Plumeyer, Esslingen-München 1991) mit den Worten: „Am 9. November 1989 haben die Menschen in der DDR nicht nur die Freizügigkeit und damit ein Stück Freiheit errungen, sondern auch das Ende des Unrechtsstaates DDR eingeleitet...“ Aha. Da kann man nur noch auf das vorangestellte Motto eben jenes Buches verweisen: „Wir werden nichts vergessen, und es wird auch nichts verjähren.“ -lepl-

Kommentar

Alte Klischees

„Einigungsvertrag, ich weiß nicht, was es da zu jubeln gibt“, vermeldete Ministerpräsident Platzek pünktlich vor dem 20. Jahrestag der Wiedervereinigung. Aus seiner Sicht war der Beitritt der DDR ein „Anschluß“, dem eine „gnadenlose De-Industrialisierung“ mit Arbeitslosigkeit folgte, so daß dies bei den DDR-Bewohnern den Eindruck erweckte, „ihr ganzes Leben sei sinnlos gewesen“.

Diese Einschätzung eines Landeschefs und ehemaligen SPD-Vorsitzenden überrascht doch sehr – als ob sich in den letzten 20 Jahren nicht gezeigt hätte, daß die Währungsunion und der schnelle Beitritt der einzig richtige und erfolgreiche Weg gewesen ist. Vielleicht verstellt die Brandenburger Situation ja gelegentlich den klaren Blick auf die Realität.

1989 war die De-Industrialisierung der DDR längst erfolgt, der Großteil der Betriebe war am Ende, nicht mehr leistungsfähig und schon gar nicht wirtschaftlich zu betreiben.

Dafür gibt es einen prominenten Zeugen, Gerhard Schürer, Leiter der DDR-Plankommission, der die Situation in seinem Bericht für die Politbüro-Sitzung am 30. Oktober 1989 deutlich beschreibt: Die Wirtschaft der DDR ist so marode, daß eine Erholung aus eigener Kraft unmöglich ist. Die Arbeitsproduktivität beträgt 40 % im Vergleich zur Bundesrepublik. Es wird mehr verbraucht, als aus eigener Produktion

erwirtschaftet, zu Lasten der Verschuldung im NSW (Nicht Sozialistisches Wirtschaftsgebiet). Die Valutaeinnahmen betragen nur 35 % der Valutaausgaben, der Rest muß durch Bankkredite finanziert werden. Die als letzter Ausweg vorgeschlagenen Maßnahmen, um die Zahlungsfähigkeit der DDR aufrechtzuerhalten, hätten eine radikale Änderung der DDR-Politik bedeutet: Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 % – das hätte die DDR unregierbar gemacht; Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und anderen kapitalistischen Ländern auf staatlichem und wirtschaftlichem Gebiet – das hätte eine totale Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nach sich gezogen; das herrschende Grenz-Regime zwischen DDR und Bundesrepublik zurücknehmen.

Das alles wußte Matthias Platzek damals vielleicht nicht, inzwischen aber sollte es auch ihm bekannt sein. Wäre der Weg über Währungsunion und Beitritt nicht von Kohl, Genscher und Waigel gegen vielerlei Widerstand und auch ökonomischen Sachverstand(!) energisch verfolgt worden, hätte es die DDR-Bevölkerung in kürzester Zeit noch härter getroffen, möglicherweise dann ohne Aussicht auf Besserung. Während die Mehrheit der Bevölkerung sich im gemeinsamen Deutschland zurechtgefunden hat oder darum bemüht ist, bedient der Ministerpräsident des Landes Brandenburg populistisch die alten Klischees. Eine Zeit stiller Einkehr sollte ihm mit der nächsten Wahl genehmigt werden.

Hans-Peter Schudt

Der rote Faden der Geschichte

Anfang und Ende – Die SED und ihre Staatssicherheit

Von Manfred Wilke

Teil II

In der Frühphase des MfS waren Anleitung und Kontrolle durch das sowjetische Ministerium für Staatssicherheit sehr streng. Der Leiter jeder MfS-Dienststelle hatte einen sowjetischen Instrukteur an seiner Seite. Erst 1958 verringerte der KGB seine Präsenz im MfS erheblich, und die Berater wurden zu Verbindungsoffizieren. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Zusammenarbeit von MfS und KGB durch Vereinbarungen und zunehmend durch Jahrespläne geregelt. 1973 schlossen Jurij Andropow und Erich Mielke eine Grundsatzvereinbarung zwischen KGB und MfS über ihre Zusammenarbeit. Die wichtigsten Punkte waren:

- Einrichtung einer Vertretung des KGB beim MfS in Berlin mit dem Recht, in den Bezirken der DDR bei vorliegenden eigenen Sicherheitsinteressen DDR-Bürger zur geheimen Mitarbeit zu rekrutieren; darüber hinaus verfügte der KGB über ein eigenes „Sonderregiment“.
- In Moskau wurde eine „Operativgruppe“ des MfS beim KGB etabliert und von dort unterstützt.
- Koordinierte Zusammenarbeit beim Aufbau nationaler Sicherheitsorgane befreundeter Entwicklungsländer
- Im Rahmen der Spionageabwehr die Verpflichtung zum gegenseitigen Informationsaustausch
- Zum Schutz der sowjetischen Militäranlagen in der DDR operative Hilfe seitens des MfS
- Im Rahmen der Aufklärung im westlichen Operationsgebiet koordiniertes Vorgehen und gegenseitige operative Hilfe
- Die Verbindungsoffiziere des KGB erhielten vom MfS Dienstaussweise, die ihnen unbeschränkten Zugang zu Diensträumen des MfS ermöglichten.
- Schließlich einigte man sich auf eine Teilung der Kosten.

Die Vereinbarung läßt keinen Zweifel, daß man nur bedingt von eigenständigen Auslandsoperationen des MfS sprechen kann, die nicht mit dem KGB abgestimmt waren oder über die der sowjetische Dienst nicht informiert wurde. Die Ar-

beit der Hauptverwaltung Aufklärung befand sich also immer in einem Spannungsverhältnis zwischen der politischen Sicherung der DDR im Westen, durch Ausspähen von Zielen und Absichten der westdeutschen Politik, und den Aufklärungsinteressen der Sowjetunion im „Operationsgebiet“. Das galt vor allem der westlichen Rüstungstechnologie, der Durchbrechung des westlichen Embargos für Hochtechnologie und deren Beschaffung. Ein weiterer zentraler Bereich war die Wirtschaftsspionage.

Die Operationen des MfS bei den beiden Krisen des sozialistischen Lagers von Prag 1968 und Polen 1980/81 erfolgten in Übereinstimmung der Sicherheitsinteressen der SED mit denen der KPdSU. „Brüderliche Hilfe“ nannte die sowjetische Propaganda 1968 den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, um eine Selbstreform der kommunistischen Parteidiktatur, den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, gewaltsam zu verhindern. Der Botschafter der DDR in der Tschechoslowakei, Peter Florin, qualifizierte die Entwicklung im Nachbarland bereits im März als „Konterrevolution“. Die SED-Führung befahl dem MfS, „seine Aktivitäten mit Blick auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei zu verstärken“. Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS legte am 30. März ihre zweite Information „Hinweise zur Lage im Innenministerium, besonders bei den Staatssicherheitsorganen, und in der Armee der ČSSR“ vor. Reisen von MfS-Angehörigen in die ČSSR und nach Rumänien wurden von Minister Erich Mielke untersagt. Im Juli stattete Markus Wolf seinem Prager Amtskollegen Viliam Salgovič einen geheimen „Arbeitsbesuch“ ab. Er gehörte zu den Kadern, dessen Wiedereinsetzung als Chef der Staatssicherheit Breschnew von Dubček noch vor dem Einmarsch ultimativ gefordert hatte. In Moskau wurde im Mai eine ständige Arbeitsgruppe ČSSR im ZK-Apparat eingerichtet, dem auch KGB-Chef Andropow angehörte. Er schickte einen Sonderbeauftragten nach Prag und entwickelte einen Aktionsplan gegen die „konterrevolutionären Kräfte“.

Kern des Plans war die Schaffung einer „prosovjatischen Gruppe“, in der die Führung der KPČ Dubček absetzt und die Kontrolle über die Partei übernimmt. Das erwies sich als hoffnungsloses Unterfangen, aber aus dieser Gruppe kam dann der „Hilferuf“, mit dem der Einmarsch der Truppen gerechtfertigt wurde. Salgovič zählte zu diesen „gesunden Kräften“ und übernahm in der Nacht des Einmarsches das Innenministerium. Die Frage, welche Rolle Wolf in diesem geheimdienstlichen Ränkespiel in Prag übernahm, ist offen.

Das Danziger Abkommen zur Beendigung der landesweiten Massenstreiks zwischen dem Streikkomitee der Lenin-Werft und



Foto: Harmut Reiche/Bundarchiv
Hans Modrow, rettete die SED durch das Bauernopfer MfS...

der polnischen Regierung wurde am 31. August 1980 unterschrieben. Der DDR-Botschafter in Warschau, Günter Siebert, verwendete noch am gleichen Tag für dieses Ereignis den Schlüsselbegriff „Konterrevolution“ und schrieb von der „Preisgabe politischer Substanz des sozialistischen Systems“ durch die polnischen Kommunisten. „Mit dem Zugeständnis, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, hat die Konterrevolution ihr Maximalziel der gegenwärtigen Phase voll erreicht.“ (Die politische Entwicklung der VR Polen zwischen dem 4. und 5. Plenum des ZK der PVAP und die Lage am 31.8.1980, in: Kubina/Wilke(Hg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“, Berl. 1995) Auch in dieser Systemkrise, als es um die Demokratisierung Polens ging, bezog die SED eindeutig Position gegen die „Konterrevolution“. Das MfS begann sofort die Kontakte nach Polen auf unterschiedlichsten Ebenen auszubauen. Be-

reits seit dem 8. September 1980 arbeitete in der DDR-Botschaft in Warschau eine operative Gruppe des MfS, deren Mitarbeiter legendiert geführt wurden. Mielke kritisierte vor MfS-Führungskadern, daß die polnische Staatssicherheit die „Leninischen Grundsätze der Sicherheitspolitik“ mißachte und keine „wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung des Feindes“ genutzt hätte (ebenda).

1989 zerbrach die friedliche Revolution in der DDR das „Schwert“ der Partei, aber ihr blieb noch der „Schild“, um sich in der untergehenden DDR zu retten. Am 3. Dezember 1989 trat das Zentralkomitee der SED zurück, und ein Arbeitsausschuß



... und Markus Wolf war damit einverstanden.

übernahm die provisorische Führung, um einen außerordentlichen Parteitag vorzubereiten, der über Auflösung oder Parteireform entscheiden sollte. In dieser Situation war die von Hans Modrow geführte Regierung der DDR die letzte Machtposition, über die die SED noch verfügte. Anfang Dezember versammelte der Ministerpräsident die Mitglieder des Arbeitsausschusses Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Pohl und Gregor Gysi, der seine Teilnahme bestreitet, sowie Markus Wolf in seinem Arbeitszimmer. Modrow wollte seine Strategie zur Rettung der Partei besprechen. Er sagte: „Genossen, wenn wir die Parteien retten wollen, brauchen wir Schuldige!“ Berghofer fragte, wie er sich das vorstelle, da die SED selbst die Schuldige sei. Modrow erwiderte: „Nein, das kann man so nicht sehen. Wir brauchen Verantwortliche, zu denen es in der Gesellschaft schnell einen Konsens

gibt und die Massen sagen, jawohl, das sind die Schuldigen. Das kann nicht die SED sein.“ Auf die Frage, wer das sein soll, antwortete Modrow: „Das Ministerium für Staatssicherheit“. Daraufhin griff Markus Wolf ein: „Hans, wir – Schild und Schwert der Partei haben doch nie etwas ohne Befehl von Euch gemacht.“ „Ja“, sagte Modrow und fuhr fort: „Misch, bleib ruhig. Die Aufklärung des MfS halten wir selbstverständlich aus dieser Einschätzung heraus.“ „Ach so.“ Wolf setzte sich wieder hin und war einverstanden.“ (M. Wilke: „Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige“. Der erzwungene Wandel der SED der Revolution 1989/90. Interview mit Wolfgang Berghofer, in: Jahrbuch f. Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007)

Selbst nach der Auflösung des MfS und der Hauptverwaltung Aufklärung blieb Generaloberst Markus Wolf ihr öffentlicher Repräsentant. Er war maßgeblich beteiligt an der Schöpfung der Legende, zwischen der Geheimpolizei und dem Nachrichtendienst hätten im MfS Welten gelegen. Die Arbeitsteilung selbst ist während der Existenz des Ministeriums unbestreitbar; aber nach 1990 ging es darum, die Beteiligungen der Hauptverwaltung an Verbrechen der Geheimpolizei, wie z.B. Entführungen aus der Bundesrepublik, zu vertuschen und die Legende vom „sauberen“ Nachrichtendienst der DDR zu plazieren. Karl Wilhelm Fricke merkt in seiner Besprechung der Memoiren Wolfs an, daß dieser vieles verschweigt. „Dabei könnte er mit seinem Wissen manches aufdecken - etwa das bis heute ungeklärte Schicksal Robert Bialeks, des 1956 aus West-Berlin entführten ehemaligen Volkspolizei-Generals und Ex-Kommunisten.“ (K. W. Fricke: Ein „Tschekest“ als Zeitzeuge? in: Deutschland Archiv 5/1997) In der DDR funktionierte die Legende schon 1990, wie die Selbstvernichtung der Akten durch die Mitarbeiter der HVA belegt.

Die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur begann im Dezember 1989 durch die Sicherung der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit. Im Fokus der DDR-Opposition standen dabei die Akten der Geheimpolizei, die für die Repressionen in der DDR zuständig war. Der nach polnischem Vorbild seit Dezember 1989 tagende „Runde Tisch“ bestand aus Vertretern alter Blockparteien, neu gegründeter Parteien, oppositioneller Gruppierungen und der letzten SED-Regierung, er setzte im Januar 1990 die

Auflösung der Staatssicherheit durch. Im Unterschied zu den Akten der Geheimpolizei, die gesichert wurden, war man sich am Runden Tisch weitgehend einig, daß die Überlieferungen der Hauptverwaltung Aufklärung, also die des Nachrichtendienstes des MfS, nicht in die Hände westlicher Geheimdienste fallen solle. Die Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches und der Beauftragte von Ministerpräsident Modrow, Generaloberst Franz Peter, der Leiter der Zivilverteidigung der DDR, vereinbarten am 22.2.1990 die Schritte zur Auflösung der Hauptverwaltung Aufklärung, sie sollte am 15. März beendet sein. Wörtlich heißt es im Beschluß: „Die noch in der Zentralkartei der Abteilung XII befindlichen Zweitkarten F 16 [Personenkartei] der Hauptverwaltung Aufklärung werden heraus sortiert und unverzüglich in der Abteilung XI vernichtet.“ (Beschluß der AG Sicherheit des Zentralen Runden Tisches zur weiteren Auflösung der Hauptverwaltung Aufklärung, 23.2.1990, RHG/ZRT 04) Diese Abteilung bewahrte das Gedächtnis des MfS, hier wurden die Personalkarteien aufbewahrt und die operativen Vorgänge registriert.

Der Regierungsbeauftragte Franz Peter war Absolvent der sowjetischen Stabsakademie und vertrat 1969 bis 1972 die DDR im Stab der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes.

Die heutigen Schwierigkeiten bei der Erforschung der DDR-Spionage beruhen vor allem auf der Vernichtung der Aktenbestände der Hauptverwaltung Aufklärung im Frühjahr 1990. Die Kooperation zwischen MfS und KGB endete im Dezember 1989. Bekannt ist, daß aus Moskau eine Kommission anreiste, um in Berlin die für die weitere Arbeit des KGB wichtigen Unterlagen nach Moskau zu verfrachten und den Rest an Ort und Stelle zu vernichten. Die Vernichtung soll auf einem sowjetischen Truppenübungsplatz stattgefunden haben. Durch diese Quellenvernichtung 1989/90 gleicht die Erforschung der nachrichtendienstlichen Operationen des MfS und seine Kooperation mit dem KGB häufig einem Puzzlespiel. Die Forschungen sind jedoch nicht unmöglich, wenn wir uns bewußt sind, daß die Operationen des MfS und des KGB immer der Politik der kommunistischen Parteien dienten. Ihre Politik und ihre Interessen bleiben der Ariadne-Faden dieser Forschung.

(Der Text beruht auf einem Vortrag, den Prof. Dr. Manfred Wilke am 16.6.2010 auf einer Veranstaltung der UOKG hielt.)

Teppich-Monster

Eine bedauerliche Fortsetzung

Von Ellen Thiemann

Eigentlich sollte „nachgerüstet“ werden. Und zwar mit Erläuterungen zu den wochenlang kommentarlos präsentierten DDR-Wandteppichen im Café Museum Ludwig in Köln. Nach fünf Wochen konnte man zwar endlich eine Broschüre für zwölf Euro erwerben (s. der stacheldraht 6/2010). Aber klare Worte zu der aufdringlichen Teppich-Ausstellung mit sozialistischen und kommunistischen Parolen und Symbolen zweier untergegangener totalitärer Staaten fehlen nach wie vor. Im Juli stachen diese scheußlichen Exponate auch Silke Flegel und Dr. Frank Hoffmann von der Ruhr-Universität Bochum ins Auge, die eine Roy-Lichtenstein-Ausstellung besichtigt hatten. „Wir kamen völlig unvorbereitet ins Café und waren schockiert. Diese Masse an erdrückenden Losungen und Motiven zweier Unrechtsstaaten einzuordnen, ob als Ausstellung oder Dekoration, war ohne eine zusätzliche schriftliche Information einfach nicht möglich“, so der wissenschaftliche Mitarbeiter der Uni Bochum.

Was ist bei der „Nachrüstung“ herausgekommen? Eine viel zu teure Broschüre, die noch mehr Fragen aufwirft. Man vermisst jegliche Distanz zum Terrorstaat DDR. Ja, man könnte fast meinen, diese zweite deutsche Diktatur gäbe es noch und sie hätte mal eben eine Teppich-Ausstellung in die Stadt am Rhein geschickt. An keiner einzigen Stelle dieses 34 Seiten umfassenden A4-Hefes kann man irgendein kritisches Wort lesen. Weder zu den maschinell gefertigten Wandteppichen, noch zu den überholten sozialistischen und kommunistischen Phrasen und Parolen. Im Gegenteil. Wie alles angeordnet und dargestellt wird, beschleicht einen das ungute Gefühl, daß die Broschüre eine Hommage an das untergegangene System sein könnte. Abgesehen von der verwirrenden Schlagzeile auf dem Umschlag, „Der geschenkte Teppich“ – im Singular, dann bei der Unterzeile, „Politische Bildteppiche aus der DDR“ – im Plural, wurde ein Foto verwendet, bei dem umgekippte Stühle auf den Tischen plaziert sind. Klaro, in einem Restaurant muß auch mal saubergemacht werden. Aber muß man unprofessionelle Aufnahmen in einem teuren „Kunstkatalog“ abbilden?

Auf den Seiten 8 und 9 ist links ein Ausschnitt eines Teppichs von Seite 19 abgebildet. Auf der rechten Seite prangt auf bordeauxrotem Grund die Losung „Alles mit dem Volk – Alles durch das Volk – Alles für das Volk“. Und der Spruch „Helden der DDR“, ebenfalls ganzseitig auf bordeauxrotem Grund abgedruckt (Seite 27), ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Denn auf der gegenüberliegenden Seite (26) erschlägt einen förmlich das in Gelb-Braun-Tönen gehaltene Lenin-Portrait, ein Ausschnitt eines Teppichs, der erst auf Seite 32 erscheint. Held der DDR? Bistlang galt Lenin als Held und Wegbereiter der Sowjetunion. Schon auf der nächsten Seite begegnet man zu den „DDR-Helden“ einem weiteren Lenin-Portrait sowie einem von Karl Marx. Nur nebenbei bemerkt: Marx lebte von 1818 bis 1883, die DDR wurde erst im Jahre 1949 gegründet. Auch den auf Seite 30 abgebildeten Ernst Thälmann kann man nicht einfach unter „Helden der DDR“ einordnen. Der Arbeiterführer mag durchaus ein Idol für einige Menschen im Arbeiter-und-Bauern-Staat gewesen sein. Aber „Held der DDR“? Thälmann wurde 1944 von den Nazis erschossen, fünf Jahre vor Gründung der DDR. Die wahren Helden der DDR, das sind all die mutigen Republikflüchtlinge, die zu Tausenden in den Kerkern der DDR-Zuchthäuser drangsaliert wurden, die Ausreise-Antragsteller, die Oppositionellen. Heldentum kann man dem Volk bescheinigen, das 1989 auf die Straße ging, um der Diktatur ein Ende zu bereiten. Solche Bezugspunkte fehlen in der Broschüre.

Den Begleittext für das Heft hat eine Kunstwissenschaftlerin verfaßt. Bei allem Respekt, aber wer soll das wohl verstehen? „Die Darstellungen wiederum bezeugen gesetzte Gewissheiten mit tagesaktuellem Ewigkeitswert“, heißt es da. Oder: „Der Bildteppich, obwohl einerseits der Abgrund, vor dem die Malerei, zumal die abstrakte, gewarnt sein mußte, ist doch vor dem Hintergrund seiner glanzvollen Geschichte an sich – ganz abgesehen von der Qualität im Einzelfall – zu

kostbar für vergängliche politische Botschaften. Doch ist es gerade das Prestige des Ästhetischen bei gleichzeitiger Nähe zur Alltagswelt, das das Kunstwerk so attraktiv für die Verbreitung Gemeinsinn postulierender Bilder macht.“ Alles klar? Dr. Frank Hoffmann vom Bochumer Institut für Deutschlandforschung ist entsetzt.

„Der Text der Broschüre abstrahiert vom dargestellten Objekt, ohne historischen Kontext. Er macht aus Zeugnissen von Diktaturen ‚Kunstwerke‘. Diese Zeilen wollen die bedrohliche Wirkung camouflieren. Erkennbar ist so die Strategie der Verfasserin oder ihrer Auftraggeber, näm-



Ein „Held der DDR?“

lich sich mit großem Wortwulst jeglicher Kritik zu entziehen.“

Unklar bleibt weiterhin, warum nach so vielen Wochen immer noch keine Informationstafeln aufklären, wie lange man diese Teppich-Monster noch im Café ertragen muß. Meinen kürzlich angebotenen Vortrag zur politischen „Teppichkunst“ der DDR hat Professor Kaspar König, der Leiter des Museums Ludwig, mit einem höflichen Schreiben vom 23. September 2010 abgelehnt. „Es ist keine offizielle Ausstellung, sondern eine temporäre und gewiß unerwartete Cafédekoration in einem Museum zeitgenössischer Kunst ohne Kunstgewerbe“, erklärt er. „Um eine ergiebige grundsätzliche Diskussion zu betreiben, bedürfte es einer substanziell vorbereiteten Veranstaltung, die wir als Museum nicht beabsichtigen.“ Verstanden.

„Nachrüstung“ hätte eigentlich Nachbesserung bedeutet. Statt dessen sind die Texte der teuren Broschüre unverständlich, die Aufmachung fragwürdig, weil verherrlichend wirkend. Da fällt einem automatisch nur ein freches Zitat von Johann Wolfgang von Goethe ein: „Das Buch ist auf schlechtem Papier geschrieben. Schade um das schöne Papier.“

(Nach Redaktionsschluß stellte die Autorin fest, daß die Teppiche aus dem Café entfernt worden sind, die Broschüre im Buchladen aber noch erhältlich ist.)

„Mit dem Hören fängt die Erinnerung an“

Von Martin-Michael Passauer

Am 4. September 2010 erinnerten die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. und die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit einer Gedenkveranstaltung auf dem früheren Lagergelände an die Inbetriebnahme des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen als sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 vor 65 Jahren. Generalsuperintendent i.R. Martin-Michael Passauer hielt in einem Ökumenischen Gottesdienst auf dem Gräberfeld am Kommandantenhof die folgende Ansprache.

[...]Und heute werden wir alle, die wir gekommen sind, unabhängig davon, zu welcher Generation wir gehören oder in welcher persönlichen Nähe wir zu diesen Ereignissen von 1945 bis 1950 hier im Speziallager stehen, werden wir alle durch unsere Teilnahme zu Botschaftern eines „Nie wieder“, einer Botschaft, die gar nicht laut und deutlich genug herausgerufen werden kann. Wir werden zu Botschaftern des Friedens. Und wir werden zu Botschaftern, die dafür eintreten, daß dieser Friede auch über den Gräberfeldern für immer ruhen kann.

Aber wie kommt es, daß so ein Appell notwendig ist, wie kommt es, daß auch die Verbrechen, ob sie im Konzentrationslager oder im Speziallager begangen worden sind, der Gefahr unterliegen, in Vergessenheit zu geraten? Ja, nicht nur dies, sondern, woran liegt es, daß wir diskutieren, welche Verbrechen denn Verbrechen genannt werden dürfen – als ob es hier um ein Entweder-Oder ginge und nicht um ein Sowohl als Auch – wie kommt es, daß wir diskutieren, welche Vergehen gegen die menschliche Würde schwerer wiegen, daß wir diskutieren, ob die DDR ein Unrechtsstaat war und ob der Verrat von Freunden und Arbeitskollegen zum Zwecke der persönlichen Bevorteilung eigentlich doch nichts so ungewöhnliches ist? Haben wir wirklich die Vorstellung, daß sich durch unsere Einschätzung heute die Wirklichkeit von damals noch einmal verändert? Woher kommen diese Fragen, welchen Hintergrund haben sie, und wie ist angemessen darauf zu reagieren?

Ich sage es erst einmal sehr persönlich: Das sind Fragen, die sich nach meiner Erziehung und der Bildung, die ich genossen habe, verbieten. Denn ich bin in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen, von Eltern erzogen, wo der Vater für seinen Widerstand gegen die eine Diktatur im Gefängnis saß und für seinen Widerstand in der zweiten Diktatur mit

Nachteilen besonders im Bildungsbereich seiner Kinder leben mußte. Denn er hat nichts anderes gelebt und es auch so weiter vermittelt, daß es klug ist, und wir alle gut beraten sind, uns auf die Bibel mit ihren eindeutigen und unmißverständlichen Aussagen zu berufen. Denn sie erzählt davon, daß jeder Mensch ein eigenes und einzigartiges Geschöpf eines Gottes ist, der dem Menschen sogar Züge seines eigenen Gesichtes verliehen hat. Gott – so heißt es gleich am Anfang der Bibel – schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn. Und niemand hat das Recht, dem anderen Menschen dieses Angesicht zu verletzen, zu zerstören oder grausam zu verunstalten. Jede Verletzung der Menschenwürde versteht die Bibel immer auch als eine Verletzung der göttlichen Würde. Und das ist und bleibt ein Verbrechen. Deshalb hat das jüdische Volk auch ein Vermächtnis aufgeschrieben und von Generation zu Generation weiter gereicht. Dieses Vermächtnis soll erinnern helfen und zum alltäglichen Innehalten aufrufen. Dieses Vermächtnis heißt in hebräischer Sprache „Schema Israel“ – nach den beiden ersten Worten, mit denen es beginnt: „Höre Israel, der Herr ist unser Gott, der Herr allein. Und Du sollst den Herren Deinen Gott lieb haben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und mit all Deiner Kraft.“ Und der Jude Jesus, der von den Christen als Sohn Gottes bezeichnet wird, hat dann noch ergänzt: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Dies ist das Vermächtnis, das in hebräischer Sprache beginnt mit dem Imperativ: „Höre“ – „Schema“.

Mit dem Hören fängt die Erinnerung an. Wer nicht hören will, und Erzählungen von Verbrechen gegen das eigene Volk und gegen andere Völker nicht mehr hören kann, der ist untuglich für jede Form von Erinnerungsarbeit. Wer nicht hören – zuhören will, der ist weder Gesprächspartner noch Botschafter noch befugt, Wertungen über Vergangenes vorzuneh-

men. Mit dem Hören fängt bei den Juden die Erinnerungsarbeit an. Höre Israel, rufen sie sich gegenseitig zu. Höre, der Herr unser Gott ist der Herr allein. Damit ist alles gesagt. Es gibt keinen anderen Herren über Leben und Tod – als Gott allein. Was geschieht, wenn diese so einfache Weisheit mißachtet wird, haben große Bevölkerungsteile unseres Volkes von 1933 bis 1989 durchgemacht. Bis heute sind die Spuren von Verletzungen der einfachsten Menschenrechte in fast jedem Haushalt auffindbar. Da haben sich Damen und Herren zu Richtern über Leben und Tod gemacht. Da haben Damen und Herren entschieden, welche Rasse die gute und welche die schlechte ist. Da haben Damen und Herren gewaltsam entschieden, was für den einzelnen Menschen gut ist, was ihm hilft und wovon er fernzuhalten ist. Da haben Damen und Herren in der Nazidiktatur das 1000jährige Reich beschworen und wenige Jahre später in der Diktatur des Proletariates mit viel Hohn gereimt: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“

Heute stehen wir vor den Hinterlassenschaften dieser Diktaturen. Und hier in Sachsenhausen, der Gedenkstätte und dem Museum, befinden wir uns an einem Ort, der auf grausame Weise bezeugt, wozu Menschen fähig sind. Ach, so möchte man sagen, hätten die Täter doch nur das Vermächtnis des Volkes Israel beherzigt: „Höre – Höre Israel – hört ihr Völker der Welt: der Herr ist unser



Martin-Michael Passauer bei der Ansprache.

Gott – der Herr allein. Hörst: diesen Herrn sollst Du lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und Deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Man muß ja nicht Jude sein, um den tiefen Sinn dieses Vermächtnisses zu verstehen, und man muß auch nicht Christ sein, um diesen Appell nachzuvollziehen. Denn er sagt für alle verständlich, daß uns die Anerkennung einer Instanz, zu der wir Menschen keinen Zugriff haben, von der Notwendigkeit entbindet, uns selber zu einer Instanz zu machen, die richtet, die bestimmt, was gut und was böse ist. Solange wir den Herrn über uns anerkennen, müssen wir nicht zum Herren unter uns werden. Und daß sich aus dieser Anerkennung einer höheren Instanz, die wir Christen Gott nennen, automatisch die Verpflichtung ergibt, uns auch untereinander anzuerkennen und zu lieben, ist eine notwendige Schlußfolgerung. Wenn wir es doch nur hörten. Auch heute. Vielleicht liegt da der Schlüssel für

alle Erinnerungsarbeit. Bevor wir bewerten, bevor wir Deutungen vornehmen, bevor wir über mangelnde Integrationsbereitschaft öffentlich Urteile fällen, sollen wir hören, hinhören, mithören – mit den Ohren der anderen hören. Denn solange wir hören, brauchen wir selber nicht zu reden. Wer hört, kann gut schweigen. Wer hört, beginnt zu verstehen, wer genau hört, begreift besser, was den anderen auch auf Grund anderer Biographien bewegt. Wer dem anderen zuhört, drückt Wertschätzung und Achtung aus.

Viele der Häftlinge, die hier im Speziallager Sachsenhausen Wochen und Monate und Jahre ihres Lebens zubringen mußten, hätten sich auch gewünscht, daß die wenigen Besucher, die von außen in das Lager hineingelassen wurden, wie einst Bischof Otto Dibelius und Propst Heinrich Grüber von der Evangelischen Kirche, erst lange lange gehört – zugehört hätten, bis

sie öffentlich geredet haben. Das hätte viele Verletzungen erspart und unserer Kirche ihre Glaubwürdigkeit erhalten.

Und daß heute – 65 Jahre danach – eine Gedenkveranstaltung wie diese mit einem Ökumenischen Gottesdienst beginnt, ist auch ein Zeichen dafür, daß das Eingeständnis von Schuld den Mund nicht für immer verschließt, sondern den Weg freimacht für ein neues Hören. Es ist also gut, auf Vermächtnisse zu hören. Auf Vermächtnisse, die schon lange zurück liegen, und Vermächtnisse, die eben erst entstanden sind. Sie helfen uns, achtsam zu sein gegenüber dem, was hinter uns liegt, und dadurch auch achtsam zu sein gegenüber den Opfern – ob sie noch leben oder schon tot sind. Ich denke, auf diese Weise können wir auch den vielen unbeantwortet gebliebenen Fragen begegnen und eine gute Kultur der Erinnerungsarbeit pflegen. Amen

Akten-Schnipsel – Rekonstruktion von MfS-Dokumenten

Am 30. August besuchten der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG, Rainer Wagner, sowie Vertreter des UOKG-Vorstandes das Zentralarchiv der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) und das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik.

Andreas Petter, BStU-Projektleiter für „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“, und Joachim Häußler, BStU-Projektleiter für „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“, berichteten, daß insgesamt 15 000 Säcke mit zerrissenen Stasi-Unterlagen vorhanden seien. Jedoch fehle bisher noch eine Grundsatzentscheidung, die eine

vollständige Rekonstruktion des vorhandenen Aktenmaterials vorsehe.

Auch Rainer Wagner sprach sich für eine schnelle Entscheidung aus. Es bestünde sonst die Gefahr, daß die Aufarbeitung des DDR-Unrechts 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution an den Rand gedrängt werde; durch die weitere Rekonstruktion zerrissener Stasi-Akten sei die Erschließung wichtiger Informationen zu erwarten.

Anschließend gab Andreas Petter Einblicke in die Tätigkeit der Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion“. Die in Zirkdorf mit derzeit fünf Mitarbeitern tätige Gruppe besteht seit 15 Jahren und rekonstruiert pro Monat 5000 Seiten Aktenmaterial. Angesichts der Menge der zu bewältigenden Arbeit sei es allerdings wünschenswert, mehr Mitarbeiter zur Verfügung zu haben. Petter erläuterte weiter, daß vor Beginn der manuellen Rekonstruktion zunächst eine Feinsichtung des zerrissenen Materials vorgenommen werde. Dann stehe die Dokumentenebene im Mittelpunkt, wobei man einschätzen müsse, über wie viele Seiten sich das zu rekonstruierende Dokument erstrecke. Im Anschluß kläre man, welchem MfS-Bereich die Unterlagen zuzuordnen seien. Die Methode der virtuellen Rekonstruktion befinde sich noch in der Entwicklungsphase, fügte Joachim Häuß-

ler hinzu. Es sei geplant, virtuelle und manuelle Rekonstruktion künftig parallel zum Einsatz zu bringen, denn beide Methoden stünden nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzten sich. Erst nach Beendigung der Pilotphase der virtuellen Rekonstruktion, die die Bearbeitung von 400 Säcken zerrissenen Materials vorsehe, ließen sich Aussagen darüber treffen, welchen Zeitraum die Rekonstruktion von 15 000 Säcken in Anspruch nehmen werde. Die Formierung der zusammengesetzten Akten zu Dokumenten mache es dann aber auch notwendig, Archivare in großer Anzahl zur Verfügung zu haben.

Andreas Petter bemerkte abschließend, die BStU habe unter Leitung von Marianne Birthler erstmals Planungssicherheit über zehn Jahre, nämlich bis 2019, erhalten. Im Jahre 2019 sei eine ergebnisoffene, weil aufgabenbezogene Diskussion wünschenswert, die Klärung darüber bringe, welche Behörde dem vorgegebenen Aufgabenprofil am besten entspreche.

Zu Beginn des Besuches im Fraunhofer Institut forderte Rainer Wagner nochmals nachdrücklich, alle notwendigen Mittel bereitzustellen, um eine zeitnahe Aufarbeitung der Stasi-Akten gewährleisten zu können. Der Dachverband unterstütze daher alle Maßnahmen, die die Rekonstruktion zerrissener Stasi-Akten vorantrieben. Dr.-Ing. Bertram Nickolay, Leiter der Ab-



Eine Mitarbeiterin bei der Akten-Rekonstruktion.

teilung Sicherheitstechnik des Instituts, schilderte die bisherigen Schritte im Entwicklungsprozeß der virtuellen Rekonstruktion: 1997 machte das Fraunhofer Institut der BStU den Vorschlag einer rechnergestützten Rekonstruktion. Im Herbst 2003 wurde erstmals Geld für das Projekt zur Verfügung gestellt, und es erfolgte die Präsentation des Konzeptes. 2007 beauftragte man das Fraunhofer Institut, 400 Säcke mit zerrissenem Material zu bearbeiten. Die Pilotphase zur Erprobung der virtuellen Rekonstruktion begann, und 2008 konnte der Nachweis ihrer Funktionalität im Massenbetrieb er-

bracht werden. Dr. Nickolay wies darauf hin, daß im ersten Quartal 2012 die Rekonstruktion des Inhalts der 400 Säcke abgeschlossen sein werde und dies das Ende der Pilotphase markiere. Besonders wichtig sei die dringend notwendige Zusage über eine Finanzierung der sich daran anschließenden Hauptphase. Man plane die Gründung eines Zentrums für die automatisierte virtuelle Rekonstruktion, denn diese Methode sei stark nachgefragt, nachdem es ein enormes Echo in den Medien gegeben habe. Außerdem verlangten die Arbeiten der Hauptphase größere Räumlichkeiten.

Der UOKG-Vorsitzende schlug vor, das Projekt der virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen auf dem im kommenden Jahr in Berlin stattfindenden Kongreß der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus vorzustellen. Dr. Nickolay wies seinerseits darauf hin, daß für den Dezember 2010 im Auswärtigen Amt unter Mitwirkung des Fraunhofer Instituts ein Kongreß mit dem Titel „Geheim oder allgemein? Die Akten der ehemaligen kommunistischen Geheimpolizeien“ organisiert werde.

Carola Schulze

Wie soll man den DDR-Knast von Cottbus nennen?

Eine Diskussion

Die Strafvollzugseinrichtung Cottbus war ohne Zweifel eines der politisch wichtigsten Gefängnisse der DDR überhaupt – ein Unterdrückungsinstrument des SED-Staates. Man kann sogar sagen, es war die zentrale Anstalt für Häftlinge mit Vergehen nach den politischen Paragraphen, vor allem für versuchte Republikflucht (§ 213). Von hier aus wurden nach meinen fünfjährigen Recherchen mindestens 5000 Männer in den Westen verkauft. Vermutlich waren es noch wesentlich mehr. Das war „DDR-Rekord“. Doch wie bezeichnet man diese Haftanstalt in ihrer historischen Einmaligkeit? Dazu ist in den letzten Monaten eine heftige Diskussion entflammt.

Gegründet wurde die Anstalt vor genau 150 Jahren als „*Königliches Central-Gefängnis*“ in der Bellevuestraße. Der Begriff „*Zentralgefängnis*“ tauchte zuletzt in den unmittelbaren Nachkriegsjahren (1945-1950) auf. Danach verschwand er. Offiziell hieß das Gefängnis dann „*Strafvollzugsanstalt*“ (StVA) und seit den 70er Jahren „*Strafvollzugseinrichtung*“ (StVE). Mit der Wiedervereinigung und der Neuunterstellung des Strafvollzugs unter die Verwaltung der Justiz wurde der bundesdeutsche Begriff „*Justizvollzugsanstalt*“ (JVA) eingeführt. Unter den ehemaligen Häftlingen und in der Cottbuser Bevölkerung kursierten viele unterschiedliche Bezeichnungen, die häufig mit einer Charakterisierung verbunden waren. Die Cottbuser Einwohner nannten das Gefängnis meistens „*Der Knast in der Bautzener Straße*“ oder nur „*Die Bautzener Straße*“. Damit wußte fast jeder in der Stadt Bescheid. Diese Bautzener Straße führte tatsächlich in Richtung Bautzen. Diesen sorbischen Ort kann man als die Gefängnisstadt der DDR bezeichnen. Bautzen I und II waren ebenso her-

ausragende Strafanstalten wie Cottbus. Da es aber auch in Dresden in der Bautzener Straße eine berühmte Anstalt gab und die Ortsangabe Bautzen von der Stadt Cottbus ablenkt, ist diese Bezeichnung für eine Benutzung in ganz Deutschland nicht gut geeignet. „*Knast Cottbus*“ scheint mir aus mehreren Gründen ungeeignet. Zum einen gab es in Cottbus im letzten Jahrhundert mindestens fünf Haftanstalten. Zum anderen fehlt dabei jede politische Charakterisierung. Außerdem assoziiert das Wort „Knast“ in der Umgangssprache, daß dort Kriminelle saßen, also alle zu Recht.

Der ehemalige politische Häftling Lutz König aus der Schweiz (er saß in den 50er Jahren) titelt sein Buch mit „*Rote Hölle Cottbus*“. Natürlich steckt darin vor allem eine Wertung seiner Leiden hinter den dortigen Gittern. Rot steht hier sowohl für die äußere Erscheinung (rote Backsteinhäuser) als auch für die politische Unterdrückung durch die „Roten“. Gustav Rust, der in seinen vielen Haftzeiten fast alle großen DDR-Gefängnisse kennenlernen mußte, ist grundsätzlich gegen diese Bezeichnung, die er für den Nord-Knast in Bützow umgangssprachlich reserviert sieht. Ähnlich ist die Bezeichnung „*Rotes Elend*“ zu sehen – in Anspielung an das „*Gelbe Elend*“ von Bautzen. Der Vorsitzende des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V., Dieter Dombrowski, verwendete den Begriff „*GULag Cottbus*“ – in Anspielung auf die Haftzwangsarbeit, die hier besonders monoton und gesundheitsschädlich war. Gegen diesen Begriff gibt es aber selbst unter Haftkameraden große Bedenken. Der Züricher Pfarrer Rolf-Joachim Erler, der Mitte der 70er Jahre in einer Zelle mit dem heu-

tigen CDU-Generalsekretär Brandenburgs saß, hält entgegen: „Damit werden das unerträgliche Leiden der Zwangsarbeiter in den sibirischen Lagern verharmlost und die Cottbuser Verhältnisse übertrieben.“ Hier sei angemerkt, daß man in der Aufarbeitung natürlich alles miteinander vergleichen kann. Man sollte sich aber vor einer Gleichsetzung hüten. Ich verstehe Dombrowskis Bezeichnung als ein Diskussionsangebot.

Häufig wird auch die Bezeichnung „*Stasi-Knast*“ verwendet. Der DDR-Rockmusiker Dietrich Keßler (1983/84 in Cottbus inhaftiert) hat sein Buch so überschrieben. Mit Sicherheit war der Einfluß des MfS auf die Anstalt in der Bautzener Straße (es gab mindestens 100 Inoffizielle Mitarbeiter) größer als auf andere „normale“ DDR-Knäste. Dennoch ist der Begriff falsch, weil es in der Straße Am Spreeufer in Cottbus den „echten“ Stasi-Knast gab, die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit des Bezirkes Cottbus. Auch das von mir als Buchtitel verwendete „*Zuchthaus*“ ist eigentlich unkorrekt, denn im Verlaufe der DDR kam es dort zu vielen Veränderungen, die den alten offiziellen Titel bis 1945 (1937-1945 Frauenzuchthaus) nicht mehr rechtfertigen. Dennoch hat sich dieser Begriff offenbar unter den Opfern durchgesetzt und wird ja sogar im Cottbus-Lied besungen. Bei unseren Befragungen wurde die Bezeichnung „*Zuchthaus*“ von den Häftlingen mit großem Abstand am meisten benutzt. Daher verwende ich ihn im Respekt vor denjenigen, die dort leiden mußten. Aber vielleicht gibt es noch andere Begriffe. Über ein Echo würde ich mich freuen. Bitte an tomas.kittan@bz-berlin.de.

Tomas Kittan

Jamlitz – ein Glied in der Kette des Mordens

(kn) Am 11. September fand bei strahlendem Sonnenschein in Anwesenheit von ca. 350 Teilnehmern die diesjährige Feier des Gedenkens der Toten des NKWD-Lagers Nr. 6 Jamlitz statt. Veranstaltet wurde sie wieder von der Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz. Zu den Gästen gehörten auch Vertreter anderer Initiativgruppen, Politiker aus umliegenden Städten und Kreisen sowie der Erste Bürgermeister von Freiberg in Sachsen, dessen ehemaliger Oberbürgermeister ebenfalls im Lager Jamlitz umkam.

Mit einem Gedenkgottesdienst, bei dem Pfarrer Friedrich Plasan in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose einfühlsame Worte fand, begann der Tag. Danach wurde auf dem Waldfriedhof Jamlitz mit einer Kranzniederlegung und Ansprachen der Opfer gedacht. In seiner Begrüßung ging Kurt Noack, Vorsitzender der Initiativgruppe, auf die Schreckensgeschichte des sowjetischen Speziallagers Jamlitz in den ersten Nachkriegsjahren ein, erinnerte aber auch an die Opfer der SS, die vorher hinter dem gleichen Stacheldraht ums Leben kamen. Stalinis-

mus und Nationalsozialismus hätten mit ihrem menschenverachtenden Terror den unheilvollsten Abschnitt des 20. Jahrhunderts geprägt. Jamlitz sei ein Glied in dieser Kette des Mordens. Noack rief mit verschiedenen Beispielen ins Gedächtnis, wie Lagerverhältnisse und Internierungsgründe immer wieder bewußt in der Öffentlichkeit bagatellisiert und verfälscht wurden, teilweise bis heute. So hatten DDR-Wochenzeitschriften bei der Auflösung der letzten Speziallager im Januar/Februar 1950 Reportagen gebracht, in denen „die Entlassenen so dargestellt wurden, als kämen sie aus dem Winterurlaub“. Diese bewußt verbreitete Propaganda-Lüge ging einher mit der Fortsetzung des Leidens von ca. 3500 Häftlingen, die durch völlig willkürliche Auswahl von den Lagern ins berüchtigte Zuchthaus Waldheim gebracht und zu Opfern eines deutschen Justizverbrechens wurden: „Die Waldheimer Prozesse gehören auf die erste Seite des Buches der Schande des SED-Systems.“ Noack kritisierte scharf auch das Verhalten der heutigen Justiz, die trotz einer Anzeige untätig blieb, obwohl der ehemalige

DDR-Sportreporter Heinz-Florian Oertel, einst HJ-Führer, in seinem Buch 2009 behauptet hatte, die „Werwölfe“ hätten in der Kriegsendphase mit primitiven Waffen Überfälle ausgeführt, und dies sei der Grund für ihre Internierung gewesen. Zahlreiche Kinder und Jugendliche wurden damals unter „Werwolf“-Verdacht inhaftiert, viele von ihnen kamen in den Lagern um. Daß die „Werwolf“-Bewegung jedoch nur in der nationalsozialistischen Propaganda existierte, gilt inzwischen als erwiesen.

Anschließend hielt Staatssekretär Rudolf Zeeb in Vertretung des Brandenburger Ministerpräsidenten die Gedenkrede. Für den musikalischen Rahmen sorgten der Bläserchor Lieberose und der Männergesangsverein Liedertafel Lübben.

Am Nachmittag las die ehemalige Internierte Ursula Fischer aus ihren Werken, und Historiker Andreas Weigelt stellte den Begleitband einer neuen Wanderausstellung über künstlerische und literarische Zeugnisse sowjetischer Haftstätten in Deutschland (s. unten) vor.

„Erhebe den Blick“

Sowjetische Haftstätten in Deutschland 1945-1955 im Spiegel künstlerischer und literarischer Zeugnisse

(PT) So lautet der Titel einer Wanderausstellung und des zugehörigen Begleitbandes des Historikers Andreas Weigelt. Das Projekt wurde betreut von der Evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und Land.



Ulrich Leuschner: „Blauer Heinrich“, kolorierte Zeichnung, undatiert (IG Internierungslager Ketschendorf e.V.)

sen, die während, aber auch nach der Haft entstanden sind. Letztere können als „Schnappschüsse aus der Erinnerung“ gelten und stellen ebenso authentische Zeugnisse dar, wie die während der Haft entstandenen. Diese Selbstzeugnisse der Inhaftierten werden als Quellen für die Darstellung der Gefängnis- und Lagerwirklichkeit verstanden. Darunter befinden sich auch Zeugnisse von Gefangenen, die 1950 – nach Gründung der DDR – in Zwangsarbeitslager der Sowjetunion deportiert oder in DDR-Haftanstalten gebracht wurden. Die ausgestellten Arbeiten wurden nach dem Bezug zur Geschichte sowjetischer Haftstätten in Deutschland ausgewählt. Sie rücken das biographische und seelische Innenleben der Inhaftierten in den Mittelpunkt und eröffnen eine Sicht auf die sowjetische Haft in Deutschland und ihre Vorgeschichte, wie sie historische Dokumente kaum zulassen.

im Begleitband werden die künstlerischen und literarischen Zeugnisse der Gefangenen erstmals systematisch dokumentiert und untersucht. Sie können Auskunft über die Haftwirklichkeit, über Auffassungen und Mentalität der Inhaftierten geben und ergänzen als Quellengruppe die wissenschaftliche Erforschung der sowjetischen Haftstätten in Deutschland.

Die Wanderausstellung besteht aus 20 großformatigen Künstlermappen, in und auf denen Gedichte, Kunstwerke und Begleittexte appliziert sind. Der Begleitband enthält neben einer Einleitung auf rund 200 Seiten die vollständig dokumentierte und um weitere Werke ergänzte Wanderausstellung.

Die Wanderausstellung kann von Gedenkstätten und Multiplikatoren ausgeliehen und der Begleitband bestellt werden bei der Ev. Kirchengemeinde Lieberose und Land, Markt 19, 15868 Lieberose, E-Mail info@die-lager-jamlitz.de

Ausstellung und Begleitband basieren auf künstlerischen und literarischen Zeugnis-

Sowohl in der Wanderausstellung als auch

„Erinnerung als Auftrag“

Taschenkalender 2011 erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist veröffentlicht. Er soll durch das Jahr begleiten und dabei nicht nur an die vielfältigen Termine in der Gegenwart erinnern. Diesmal ist er vor allem dem Bau der Berliner Mauer gewidmet, der sich 2011 zum 50. Male jährt, und verweist Tag für Tag auf große und kleine Ereignisse, die jenes Schlüsseljahr des Kalten Krieges prägten. Die Kalendereinträge rufen die politische Entwicklung im Vorfeld des Mauerbaus ins Gedächtnis, in der sich der Konflikt um Berlin immer mehr zuspitzte. Während die Bundesrepublik wirtschaftlich gedieh, befand sich die DDR in einer Dauerkrise: Die Zumutungen der SED-Diktatur, die Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender und die rücksichtslose Zwangskollektivierung der Landwirtschaft bewogen immer mehr Ostdeutsche, ihrer Unzufriedenheit in einer „Abstimmung mit den Füßen“ Ausdruck zu verleihen. Die ersten 50 Leser des „stacheldrahts“, die sich unter dem Stichwort „stacheldraht“ bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt. Die Aktion läuft bis zum 9. November 2010, Telefon: (030) 31 98 95-0. Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung - Taschenkalender 2011 – Kronenstraße 5, 10117 Berlin, bestellt werden.

Information der Bundesstiftung
Aufarbeitung

Ausstellung

(eb)Anlässlich des 20. Jahrestages der Wiedervereinigung Deutschlands zeigt der Verband Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) im Rathaus der Stadt Langenhagen/Niedersachsen eine Ausstellung. Unter dem Titel „Zur Erinnerung und Mahnung – SBZ/DDR 1945-1989“ dokumentiert sie das Leid und Elend im Unrechtsstaat. Darüber hinaus sind Bilder der friedlichen Revolution zu sehen. Damit entspricht der Verband seinem vornehmlichen Ziel aufzuklären, zu erinnern und zu mahnen. Die Ausstellung soll nicht nur in Rathäusern, sondern besonders auch in Schulen gezeigt werden, um das Niveau des historischen Wissens bei Lehrern und Schülern zu heben.

Polizeichor besucht Gedenkstätte Bautzen

Am 10. August hatte das Bautzen-Komitee den Berliner Polizeichor zu Gast. Der Chor, ein reiner Männerchor, legte auf seiner Reise nach Breslau ganz bewußt einen Zwischenstop ein, um sich von Mitgliedern des Bautzen-Komitees durch die Gedenkstätte führen zu lassen. Schon während der Anreise bereitete der Film „Paradies in der Hölle“, der über den ehemaligen Häftlingschor von Bautzen berichtet, auf die Zustände dieses Gefängnisses vor. Trotzdem waren alle Teilnehmer erschüttert, als die ehemaligen Häftlinge Günter Domschke und Frank Burghardt von dem berichteten, was sie dort erlebt hatten. Viele Fragen wurden gestellt, während die Chormitglieder durch die Ausstellung gingen, und immer wieder stockte manchem der Atem bei dem, was er zu hören bekam. Nach dem Rundgang fuhren alle Teilnehmer auf den „Karnickelberg“, das Gräberfeld hinter dem Gefängnis, wo so viele Häftlinge namenlos verscharrt liegen. Es war dem Chor ein großes Bedürfnis, der Opfer des Gefängnisses in der Kapelle zu gedenken, und es wurde ein mehr als bewegender Gesang. Als am Ende das Sanctus aus der Deutschen Messe verklungen war, hatten selbst die Zeitzeugen Tränen in den Augen. Bei der Abfahrt waren sich Chor und Bautzen-Komitee sicher, daß es nicht das letzte Konzert gewesen sein wird, mit dem man an diesem Ort der Opfer von Bautzen gedenken wird. A.L.

Jahresabschluß

Wir laden alle Kameradinnen und Kameraden von BSV und VOS ganz herzlich ein zu unserer Jahresabschluß-Veranstaltung am Sonnabend, dem 13. November 2010, 10.00 Uhr, in Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links), Einlaß 9.30 Uhr. Wir wollen auf 2009/2010 rückblicken und aktuelle Fragen der Rehabilitierung erörtern. Gelegenheit zur Diskussion und die Begegnung mit Leidenskameraden sind Grundanliegen unserer Veranstaltung. Wir freuen uns auf zahlreiche Beteiligung.

Teilnahmebestätigung: telefonisch unter (03 72 09) 804 81 oder schriftlich an VOS-Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz.

Der Vorstand der VOS Chemnitz/
Hohenstein-Ernstthal/Stollberg



Ergreifender Chorgesang in der Kapelle auf dem Karnickelberg.

NKWD-Kriminalität

(bsv)Der BSV-Förderverein für Beratungen lädt die Mitglieder des BSV-Landesverbandes Berlin-Brandenburg und alle Interessierten ein zu der Veranstaltung „NKWD-Kriminalität und politische Verfolgung in der SBZ/DDR“, Referat und Gesprächsrunde: Viktor Gorynia.

Termin: **4. November 2010**, 14.30 Uhr,
Ort: Haus 22 (gegenüber Haus 1), Ruschestraße 103, 10365 Berlin-Lichtenberg

Auszeichnungen

Bundesverdienstkreuz

(st)Am 4. Oktober erhielt Stefan Trobisch-Lütge aus Anlaß des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit im Schloß Bellevue von Bundespräsident Christian Wulff den Verdienstorden der Bundesrepublik. Der Psychologe und Psychotherapeut gründete 1994 in Berlin gemeinsam mit Jürgen Fuchs die Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur, deren Leiter er heute ist. Geehrt wurde er auch für sein Buch „Das späte Gift“, das zum Standardwerk sowohl für das Verständnis psychischer Schäden der Opfer als auch für das professionelle Verhalten der Helfer geworden ist. Wir gratulieren!

Einheitspreis

(st)Am 2. Oktober 2010 ist Alexander Latotzky mit dem Einheitspreis 2010 in der Kategorie „Menschen“ geehrt worden. Der „einheitspreis – Bürgerpreis zur Deutschen Einheit“ wird seit neun Jahren von der Bundeszentrale für politische Bildung an Menschen und Projekte verliehen, die sich mit ihren Aktivitäten für eine Annäherung von Ost und West in Deutschland und Europa verdient gemacht haben. Alex Latotzky gehört zu den unter dem SED-Regime in politischer Haft geborenen Kindern. Nach der Zwangstrennung von seiner Mutter mußte er die Zeit bis zu ihrer Entlassung in einem Heim zubringen. Seit vielen Jahren engagiert sich Alex Latotzky in der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. Herzlichen Glückwunsch!

Suchanzeige

An alle ehemaligen Hoheneckerinnen

Petra El-Fouani sucht dringend Haftkameradinnen ihrer voriges Jahr verstorbenen Mutter. Name der Mutter: Eva Breitmann, geb. am 14. Februar 1933 in Berlin (West). Zum Zeitpunkt ihrer Festnahme war sie 20 Jahre alt, wurde am 17. Juni 1953 bei den Unruhen in Ost-Berlin verhaftet und zu zehn Jahren verurteilt. Nach sieben Jahren wurde sie entlassen. Gesessen hat sie von 1953 bis 1960 in Hoheneck, wo sie in der Schneiderei arbeitete. Während ihrer Haft hatte sie eine Freundin mit dem Vornamen Herlinde. Auch diese Frau stammte aus West-Berlin. Informationen bitte an die E-Mail-Adresse p.el@gmx.net.

Für Freiheit und Demokratie

Geboren wurde Egon Klepsch am 30. Januar 1930 im Sudetenland. Gemeinsam mit seinen Eltern führten ihn die Nachkriegswirren in die SBZ. In Rostock begann er 1949 dann sein Studium – beendet hat er es 1954 in Marburg. Dazwischen liegt die bewegte Zeit der heftigen Auseinandersetzung mit der aufkommenden Diktatur an der Universität Rostock. Sehr früh bezog Egon Klepsch darin Position.

Im Herbst 1949, nach den Verhaftungen von Arno Esch und Friedrich-Franz Wiese, wurde klar, daß weder der Studentenrat noch die Hochschulgruppen der CDU und LDP politischen Einfluß nehmen konnten, und daß lediglich die FDJ als Vertretung der Studenten von der Universitätsleitung akzeptiert würde. In dieser Situation versuchten die oppositionellen Studenten, die FDJ zu unterwandern und so die wesentlichen Positionen in deren Gremien zu besetzen.

Egon Klepsch – bereits einer der Vertrauten – hatte als Kadersekretär der FDJ-Hochschulgruppe eine sehr wichtige Position inne. Als dann im Juli 1950 die beiden Studentenratsmitglieder Roland Bude, Mitglied der FDJ-Hochschulgruppenleitung, und Gerhard Popp, Vorsitzender der CDU-Hochschulgruppe, verhaftet wurden, geriet auch Egon Klepsch in Gefahr. Aus einer Sitzung der FDJ wollte ihn die Stasi unauffällig mit einem Trick herauslocken, um ihn zu verhaften. Klepsch

erkannte die Falle und weigerte sich, die Sitzung zu verlassen. So konnte er nach Berlin entkommen.

Der Politik blieb Egon Klepsch ein Leben lang verbunden. Nach dem Studium wurde er zunächst Dozent im Forschungs- und Lehrbereich der Bundeswehr, gehörte dann von 1965 bis 1980 dem Bundestag an und engagierte sich für die Europa-Politik. Ab 1973 gehörte er dem Europäischen Parlament an, wo er mit kurzer Unterbrechung von 1977 bis 1992 der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) vorstand. 1992 bis 1994 war er Präsident des Europäischen Parlaments. Um die Verbindung zu seinen frühen Mitstreitern an der Universität Rostock hat er sich immer bemüht, und somit gehörte er zwangsläufig zu den allerersten Mitgliedern im Verband Ehemaliger Rostocker Studenten. Seine Ideen haben die Grundeinstellung des VERS wesentlich beeinflußt, und sein Rat hatte Gewicht. Demokratie und Freiheit waren seine Lebensinhalte, für die er sich mit allen Kräften bis zuletzt eingesetzt hat.

Am 18. September 2010 ist Egon Klepsch in Koblenz gestorben.

Peter Moeller

Sie machte Mut

Am 11. September starb Bärbel Bohley nach langer Krankheit. Der von ihr im September 1989 mit auf den Weg gebrachte Gründungsaufbruch des Neuen Forums „Es ist an der Zeit“ ließ Hunderttausende Menschen in der DDR Mut schöpfen, verlieh ihnen zunehmend ein Gefühl der Stärke, das befähigte, Angst zu überwinden und mit dem Willen zur Veränderung durch mächtige Demonstrationen den öffentlichen Raum zu erobern. Am Anfang dieses Weges standen zunächst eher kleine Zirkel der Opposition; 1982 war Bärbel Bohley Mitbegründerin des Netzwerks „Frauen für den Frieden“, ab 1986 engagierte sie sich in der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Getragen vom Ideal des Pazifismus in Zeiten der scheinbar ausweglosen atomaren Hochnäht und in einem totalitären Herrschaftssystem die Rechte des selbstbestimmten Individuums einfordernd, geriet Bärbel Bohley immer stärker in den Fokus der Staatssicherheit. Sie wurde massiv verfolgt, inhaftiert und des Landes verwiesen.

Doch Bärbel Bohley blieb mit schier unerschöpflicher Widerstandskraft ihren Prinzipien treu, kämpfte weiter bedingungslos für sie und wurde so zu einer Mut-Geberin der Friedlichen Revolution.

Ihr Engagement für ein humanes, gerechtes Miteinander setzte Bärbel Bohley in den 90er Jahren sowohl im vereinten Deutschland als auch im ehemaligen Jugoslawien fort, wo sie den Aufbau kriegszerstörter Gebiete unterstützte.

Rainer Wagner

Trauer um eine „gute Seele“

Die Szene der Beratungsinitiativen für Verfolgte der SED-Diktatur in Berlin ist vielfältig. Schon Jahrzehnte vor der Friedlichen Revolution und der Wiedererlangung der Deutschen Einheit haben sich in West-Berlin Vereine um die geflüchteten Menschen aus der SBZ/DDR gekümmert, sie bei den notwendigen Gängen auf die Ämter begleitet, ihnen bei der Anerkennung als politische Häftlinge Unterstützung geleistet und damit den Start im Westen erleichtert. Einer dieser Vereine ist der Bund der Mitteldeutschen. Dessen langjährige Geschäftsführerin und Vorsitzende, Juliane Kleinschmidt, ist am 20. September 2010 nach längerer Krankheit in Berlin gestorben.

Juliane Kleinschmidt wurde 1929 in Prenzlau geboren. 1959 flüchtete sie nach West-Berlin, wo sie zunächst als Hausverwalterin arbeitete. Seit 1974 war sie für den Bund der Mitteldeutschen im Berliner Deutschlandhaus tätig. Von dort aus half sie DDR-Flüchtlingen bei ihren ersten Schritten durch die bundesdeutsche Eingliederungsbürokratie. Sie unterstützte vornehmlich ehemalige politische DDR-Häftlinge bei der Beantragung von Papieren, die den politischen Häftlingsstatus bestätigten. Nach 1990 dehnte sich ihre Beratungstätigkeit auf das Gebiet der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze aus. Eine unübersehbare Anzahl von Opfern der SED-Diktatur verdankt ihr die Durchsetzung von Rehabilitierungs- und Entschädigungsansprüchen. Für ihr unermüdliches Engagement wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Juliane Kleinschmidt, die politisch im CDU-Kreisverband Berlin-Wilmersdorf (später Wilmersdorf-Charlottenburg) verankert war und dort den Vorsitz der Senioren-Union inne hatte, war eine stille, lebenswürdige und dennoch energische Frau. Bis zuletzt widmete sie sich dem Erhalt der Gedenkkreuze für die Mauertoten am Berliner Reichstag. Mit dem Tod von Juliane Kleinschmidt haben die SED-Opfer eine ihrer stetigsten Verbündeten verloren.

Jens Planer-Friedrich

Veranstaltungen

26.10. (Di), 19.00 Uhr:

Studentischer Widerstand an mittel-deutschen Universitäten 1945-1955.

Von der Hochschule in den GULag. Buchvorstellungen u. Vorträge v. Sybille Gerstengarbe, Historikerin, Günther Heydemann, Direktor HAIT, Gerald Wiemers, Herausgeber; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmische Str. 6, 04109 Leipzig

26.10. (Di), 19.00 Uhr:

Auf Biegen und Brechen – das System der Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe in der DDR. Vortrag v. Michael Wildt im Rahmen der Sonderausstellung „Der Einheit auf der Spur – Ergebnisse des Schülerwettbewerbs 20 Jahre Deutsche Einheit!“; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

26.10. (Di), 19.00 Uhr:

„Verdrängter Terror“. Geschichte und Wahrnehmung der sowjetischen Speziallager in Deutschland. Lesung und Gespräch mit Autorin Bettina Greiner; Veranstaltung d. Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten; Ort: Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Besucherzentrum, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg

27.10. (Mi), 19.00 Uhr:

Berlin ist wieder Berlin. (aus d. Reihe „Die Friedliche Revolution. Berlin 1990“) Mit Uwe Dähn, Tacheles-Besitzer u. Bezirksstadtrat a.D., Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister a.D., Thomas Krüger Senator a.D. u. Präsident d. Bundeszentrale für politische Bildung, Prof.Dr. Wilfried Rott, Historiker u. Journalist; Veranstaltung d. Berliner LStU u.d. Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, Berlin-Mitte

1.11. (Mo), 19.00 Uhr:

„Wir sind das Volk!“ Montagsgespräch in der Runden Ecke mit Gerd Harry Lybke; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: ehem. Stasi-Kinosaal, Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

2.11. (Di), 19.00 Uhr:

„Kokoschkins Reise“. Lesung mit dem Autor Hans-Joachim Schädlich; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus Berlin; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

2.11. (Di), 19.00 Uhr:

Die Waldheimer Prozesse – Ein dunkles Kapitel der DDR-Justiz. Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Stiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Helfen Sie mit!

Liebe Kameraden, Freunde und Förderer der UOKG,

20 Jahre nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zeigt sich immer wieder, wie wichtig der Einsatz unseres Dachverbandes auch heute noch ist. Trotz der jüngst erfolgten, begrüßenswerten Novellierung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes sind viele grundlegende Forderungen der UOKG bisher nicht erfüllt, so z.B. die Gewährung der Opferrente für bisher ausgeschlossene Opfergruppen, die Beweislastumkehr bei der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden und vieles mehr. Um all das durchzusetzen, sind unsere Aktivitäten dringend nötig.

Unsere Veranstaltungen werden von der Öffentlichkeit beachtet, und die Arbeit unserer Beratungsstelle wird von vielen Betroffenen dankbar in Anspruch genommen. Viele von ihnen kämen sonst nie zu ihrem Recht. Oft sind wir die letzte Hilfe. Um diese Arbeit fortzusetzen, brauchen wir Eigenmittel, die wir nur aus Ihren Spenden aufbringen können.

20 Jahre nach dem Untergang der DDR erdreisten sich ehemalige NVA-Soldaten und Angehörige der DDR-Grenztruppen, ein militärisches Manöver unter dem Namen „Septembersturm“ durchzuführen. Wir sind als einzige Institution dagegen aufgestanden. Das hat uns den Haß der alten Genossen eingebracht. Sie gehen in vielfältiger Weise gegen uns vor. Was uns ihre Angriffe kosten können, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Erfahrungsgemäß haben diese Seilschaften die teuersten Anwälte und Freunde an vielen Schaltstellen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie erneut um eine großzügige Spende für die UOKG. Gerade jetzt, wo wir nicht nur mit den Hinterlassenschaften der Kommunisten, sondern mit neuen Angriffen aus ihren Reihen zu kämpfen haben, sind wir dringend auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Im Namen des UOKG-Vorstandes dankt Ihnen

Rainer Wagner, Bundesvorsitzender

(Eine Spendenbescheinigung für Beträge über 100 € stellt aus:

UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstr. 36, 53859 Niederkassel)

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen.

Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 13347 Berlin – Steuernummer 27/679/50198 – vom 14. Dezember 2009 als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A. Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

Bis zu einem Betrag von 100 € gilt diese Bestätigung zusammen mit dem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung. Für Zuwendungen über diesen Betrag wird eine Zuwendungsbescheinigung zugesandt (bitte im Überweisungsträger die Anschrift angeben).

Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

U O K G e. V.

Konto-Nr. des Begünstigten

7 3 4 2 7 2 8

Bitte deutlich schreiben!
Beleg wird maschinell gelesen.

Bankleitzahl

1 0 0 7 0 0 2 4

Kreditinstitut des Begünstigten

D t. B a n k B e r l i n

EUR

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden – (nur für Begünstigten)

(g e m e i n n ü t z i g e) S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à max. 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

20

1820 421 337 DG-VERLAG 12.06

Schnelmaschine: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN
und dabei Kästchen beachten!

Datum, Unterschrift

Vertrieben – von der Wolga

Katharina die Große holte vor über 200 Jahren Arbeitskräfte aus Schwaben, Hessen und Bayern an die Wolga. Dort lebte und arbeitete man in deutschsprachigen Enklaven. – Bereits in den 1930er Jahren mußte die Mutter von Irina M. als 15-Jährige aus einem Versteck heraus erleben, wie ihre Familie mit brutaler Gewalt vom Hof getrieben wurde und verschwunden blieb. Schon damals wurden Millionen Menschenleben durch erbarmungslosen stalinistischen Terror vernichtet.

1941 überfiel die Wehrmacht Rußland. Wieder wurden Wolgadeutsche unter unsäglichen Strapazen und Wegnahme sämtlicher Habe verschleppt – ins 2800 km ferne Kasachstan. Irina war zwei Jahre alt, der kleine Bruder ein Säugling. Die Familie mußte in einer zugigen Baracke hausen. Das Leben in der Steppe war extrem hart. Die Männer preßte man in die „Trudarmee“, ohne Gelegenheit zum Abschied. Irina hatte sich um den Bruder und die Hausarbeit zu kümmern, ihre überforderte Mutter mußte schwer arbeiten und war kaum in der Lage, ihre Kinder zu beschützen vor der lebensfeindlichen Umwelt.

Angst und Hunger beherrschten das Leben dieser als „Faschisten“ beschimpften Gruppe – sie befanden sich am Ende der Hierarchie in dem Völkergemisch. Der Bruder war krank und bereitete der kleinen Familie zusätzliche Probleme. Nach sieben Jahren erschien der Vater wieder und nahm seine Familie mit nach Solikamsk, nordwestlich des Ural, wo er

nun in Verbannung lebte. Weitere Kinder wurden in diese drückende Umwelt hineingeboren.

Von den Eltern fühlte sich Irina nicht geliebt, ihr Streben nach Bildung wurde keinesfalls unterstützt. Als Dolmetscherin war sie für die Eltern zwar wichtig, dennoch sollte sie bald die Schule verlassen, um Geld zu verdienen. So nahm sie gehorsam Arbeit in einer Fabrik auf, ging aber abends weiter zur Schule. Sie wollte unbedingt Lehrerin werden. Es folgten Ehe, Geburt einer Tochter, früher Tod des geliebten, ebenfalls deutschstämmigen Ehemannes, Studium in Minsk, erneute Eheschließung – mit einem Alkoholiker, wie sich herausstellte. Auf Irinas Schultern lastete die ganze Verantwortung für die Familie.

Dann fiel auch die „Mauer“ in der Sowjetunion, Hoffnung auf bessere Zeiten kam auf, jedoch entstanden schnell Arbeitslosigkeit und Anarchie. Wer konnte, kehrte dem Land den Rücken. Mit ihren Deutschkenntnissen half Irina ihren Landsleuten bei den Formalitäten für die Ausreise. 1995 gelang ihr endlich mit zwei Kindern selbst die Ausreise. Wieder begann sie mit Arbeit ein neues Leben. Jetzt ist sie angekommen! Ein lesenswertes Buch über eine bemerkenswert starke Frau.

Sybillie Krägel

.....
Marianne Blasinski: Irina – eine wolga-deutsche Tragödie, OEZ-Verlag, Berlin 2010, 352 S., 19,90 €

Veranstaltungen

3.11. (Mi), 18.00 Uhr:
Die SED als Instrument der Diktaturdurchsetzung. Vortrag; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Stiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

4.11. (Do), 14.30 Uhr:
NKWD-Kriminalität und politische Verfolgung in der SBZ/DDR. Ref. Viktor Gorynia, anschließend Gespräch; Veranstaltung d. BSV-Fördervereins f. Beratungen u. BSV LV Berlin-Brandenburg; Ort: Ruschestr. 103, Haus 22 (gegenüber Haus 1), 10365 Berlin

4.11. (Do), 19.00 Uhr:
Täter haben ein Gesicht. Warum die Aufarbeitung von SED-Unrecht nicht anonym erfolgen darf. Ref. Dr. Hans-Jürgen Grasmann, Oberstaatsanwalt; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Außenstelle Chemnitz, Jagdschänkenstr. 52, 09117 Chemnitz

5.11. (Fr), 18.30 Uhr:
Jubiläum Freiheit und Einheit – was uns im Inneren zusammenhält: Erinnern, feiern und gedenken. Brauchen wir eine demokratische Festkultur? Abschlußveranstaltung d. Studentenwettbewerbs mit Lesungen der prämierten Essays; Veranstaltung d. Bundesinnenministeriums; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

9.11. (Di), 10.00 Uhr:
21. Jahrestag des Mauerfalls. Gedenkveranstaltung und Andacht mit Pfarrer Manfred Fischer. Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Denkmal/Kapelle der Versöhnung, Bernauer Straße, 13355 Berlin

9.11. (Di), 19.00 Uhr:
Performance oder Protestaktion? „Der weiße Strich“ an der Berliner Mauer 1986. Podiumsgespräch und Präsentation mit Wolfram Hasch u. Frank Willmann; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

12.11. (Fr), 18.00 Uhr:
Finissage der Sonderausstellung „Der Einheit auf der Spur – Ergebnisse des Schülerwettbewerbs 20 Jahre Deutsche Einheit!“ mit Theateraufführung „Reflexionen über die Mauer“ des Wahlpflichtkurses Darstellendes Spiel 2009/10 der Gustav-Heinemann-Oberschule; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

14.11. (So), 11.00 – 17.00 Uhr:
 Sonntagsöffnung. 15.00 Uhr: **IM Chefarzt.** Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in der Ärzteschaft. Vortrag v. Dr. Francesca Weil, HAIT; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Gedenk- u. Doku-

mentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt

16.11. (Di), 19.00 Uhr:

Fluchthilfe durch die Berliner Mauer. Vortrag v. Dr. Burkhard Veigel, einem d. erfolgreichsten Fluchthelfer Berlins; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus Berlin; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5-7, 10178 Berlin

16.11. (Di), 19.30 Uhr:

„Gesicht zur Wand“. Filmvorführung und Gespräch mit Stefan Weinert, Regie, Mario Röllig, Zeitzeuge, Stefan Trobisch-Lütge, Psychologe u. Psychotherapeut, Gegenwind e.V., Mod. Jens Planer-Friedrich; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

17.11. (Mi), 18.00 Uhr:

Gesichtslose „Apparatschiks“? Die SED und ihre Funktionäre. Vortrag; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Stiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

18.11. (Do), 19.00 Uhr:

Menschenhandel oder Menschenrechtspolitik? Der Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR 1962/63 bis 1989. Ref. Jan Philipp Wölbern, Historiker, ZZf, anschl. Gespräch mit Dr. Hans-Hermann Hertle, Historiker, ZZf; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße 54/55; Ort: Gedenkstätte Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

19.11. (Fr):

Aufarbeitung und wie weiter? 10.00 Uhr: Aufarbeitung der SED-Diktatur als zivilgesellschaftliche Aufgabe. Wissenschaftl. Symposium; 18.00 Uhr: Festakt zum 20. Jahrestag der Gründung der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.; 19.00 Uhr: Das Ende der Erinnerung? Abschlußveranstaltung der gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Die Friedliche Revolution. Berlin 1987-1990“; Veranstaltung d. Berliner LStU, d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Podewillsches Palais, Klosterstr. 68, 10179 Berlin

AUSSTELLUNG

„Künstler in Gefangenschaft – Gefangene, die zu Künstlern wurden“

Eine Ausstellung der BStU, die auf ein Projekt des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. zurückgeht, zu sehen bis zum 31. Januar 2011 im Informations- und Dokumentationszentrum der BStU, Zimmerstr. 90/91, 10117 Berlin.

Buchtip

Nikita Petrov

Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland

Biographisches Nachschlagewerk, hg. v. Memorial International, Moskau, Übers. v. Vera Ammer, Metropolis Verlag, Berlin 2010, 774 S., 39,90 €

(VT) Der sowjetische Geheimdienst in der SBZ/DDR hatte den Auftrag, die sozialistische Diktatur in Ostdeutschland zu etablieren, zu stabilisieren und die deutschen Staatssicherheitsorgane zu unterweisen. Nikita Petrov konnte annähernd 1000 Mitarbeiter identifizieren. Das Handbuch ist nicht nur für ehemals Verfolgte und deren Angehörige von besonderem Wert, sondern gibt auch der historischen Forschung grundlegendes Material in die Hand.

Vater: DDR-Spion

Es gibt Geschichten, die klingen so unglaublich, daß sie erst zu begreifen sind, wenn sie in Buchform vorliegen. Dies ist hier der Fall. In den 1970er Jahren wird eine bürgerliche Familie in Hannover in den Strudel der Ereignisse um die Flucht des MfS-Offiziers Werner Stiller gerissen. Armin Raufeisen, Vater des Autors, lockt seine Familie unter einem Vorwand in die DDR, weil er befürchtet, seine Agententätigkeit für das MfS der DDR könnte zur Verhaftung führen. Erst dort eröffnet er der schockierten Familie die wahren Motive der Flucht. Der ältere Sohn schafft es, weil er bereits über 18 Jahre alt ist, nach vielen Repressalien wieder nach Hannover zu kommen. Doch obwohl der jüngere Bruder Thomas die „Staatsbürgerschaft der DDR“ ebenfalls ablehnt, wird sie ihm aufgezwungen. Schon nach kurzer Zeit bereut der Vater den Übertritt in den „real existierenden Sozialismus“, er ist desillusioniert und versucht mit der Familie über geheimdienstliche Wege wieder in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen. Doch das MfS überwacht und verhaftet sie. In Geheimprozessen werden Vater, Mutter und Sohn zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Thomas Raufeisen kommt in das Gefängnis Bautzen II, muß die gesamte Strafe absitzen, wird anschließend nach Ost-Berlin entlassen.

Was für ein tragisches Schicksal für einen jungen Mann, der selbst nach „DDR-Recht“ eigentlich Bundesbürger war und widerrechtlich in diesem Staat festgehal-

ten wurde. Das Buch ist sachlich, ohne Haß geschrieben und außerordentlich lesenswert. A.O.

.....
Thomas Raufeisen: *Der Tag, an dem uns Vater erzählte, daß er ein Spion sei*, Herder Verlag, Freiburg i.Br. 2010, 160 S., 14,95 €
.....

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Bünger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Claus E. Bärsch, Lieselotte Karpinski, Prof. Dr. Wolfgang Schuller am 3. Oktober, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Willi Ritter am 7. Oktober, Christa Langner am 10. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Ok-

UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail bsv-beratung@gmx.de
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

tober, Maria Behr, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Manfred Baumhäckel, Erwin Nigrin am 21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Gerd Bötge, Wolfgang Klosa am 26. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober, Dr. Heinrich Polthier am 30. Oktober
Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich
die Redaktion

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

BSV Berlin

Aus banktechnischen Gründen können die Spender für den BSV erst in der nächsten Ausgabe aufgeführt werden.
Spenden und Beitragskonto
66 72 98 400
Berliner Bank AG
BLZ 100 708 48
Absenderangabe nicht vergessen!
Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder „Spende LV Berlin“ angeben (Stacheldraht-Konto siehe Impressum unter „Redaktion“).
Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Uwe Behne, Almuth Braun, Gerold v. Busse, Anneliese u. Ulrich Büttner, Erna Carbow, Klaus-Günter Dettmer, Hans-Christoph Flade, Manfred u. Brigitte Gäbel, Gerhard Gärtner, Rudolf u. Ingrid Hoffmann, Jobst Kühne, Stephan Kurt, Christa Langner, Fritz u. Barbara Mathei, Rudolf Miekley, Karl-Heinz Müller, Günter Müller-Hellwig, Paul Radicke, Dr. Klaus Ruckebrod, Jürgen Salden, Siegbert Schmolke, Horst Schröder, Ulrike Schultz, Herbert u. Chri. Stephan, H. Wüstemann, Horst u. Ingrid Ziesche
Stacheldraht-Konto:
BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin:
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Konto-Nr. 66 72 98 400
E-Mail: bsvbb@yahoo.de
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 32 **neu!**
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbändeordination: Carola Schulze, Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup, Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342 728, Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 300
Verkaufspreis 1,— Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 4. Oktober 2010

